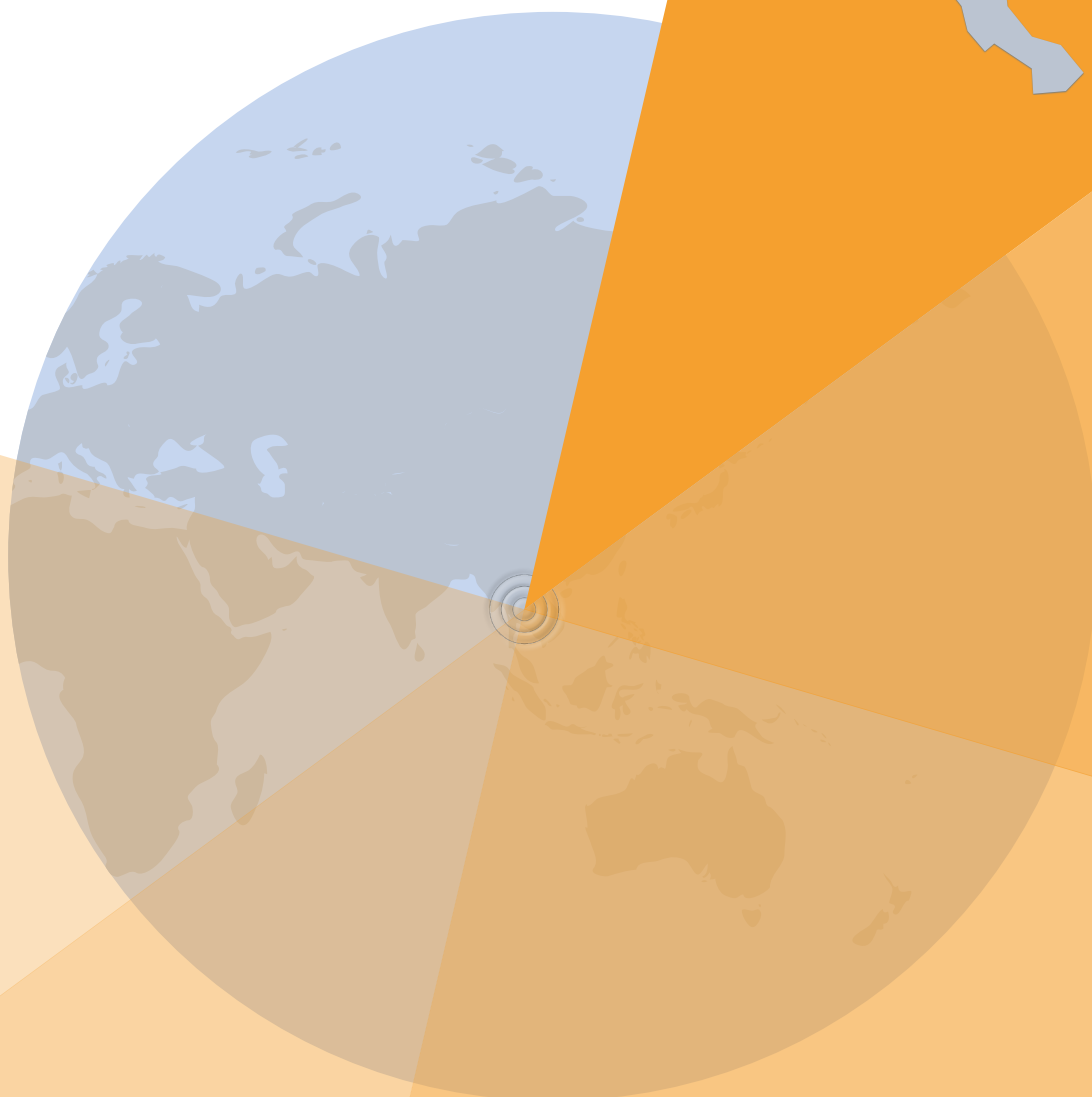


Thailand

Länderinformationen zu den Europäischen
Kriterien für Waffenexporte



INHALT

ZUSAMMENFASSUNG	2
<hr/>	
Teil I: Informationen zum Sicherheitsektor	6
Deutsche Rüstungsexporte	6
Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland	11
Militärausgaben	13
Lokale Rüstungsindustrie	15
Streitkräftestruktur	15
Bewaffnung der Streitkräfte	17
Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft	23
Polizei und andere Sicherheitskräfte	25
<hr/>	
Teil II: Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts	27
Einhaltung internationaler Verpflichtungen	27
Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	28
Innere Lage im Empfängerland	32
Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	35
Bedrohung von Alliierten	38
Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	38
Unerlaubte Wiederausfuhr	41
Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes	42

ZUSAMMENFASSUNG

Sicherheitssektor in Thailand

In den vergangenen zwei Dekaden (2003- 2022) bezog Thailand jährlich Rüstungsexporte aus Deutschland. Obwohl diese vom Umfang selten die Marke von 50 Millionen Euro überstiegen, stellt Deutschland derzeit den sechstgrößte Rüstungslieferant für Thailand da. Aufgrund der kontinuierlichen Lieferungen ist das Gesamtvolumen der letzten 20 Jahre mit 476 Millionen Euro keinesfalls gering. In den letzten zehn Jahren (2014-2023) wurden neben diversen Hubschraubern der Typen EC145 (insgesamt 11 Stück im Jahr 2016) und EC135 (6 Stück in 2021) auch Luft-Luft Raketen des Typs IRIS-T und Luftraumradare des Typs TRML-3D geliefert. Zu den wichtigsten Lieferanten zählten zwischen 2018 und 2022 Südkorea, China, die USA, Israel und Frankreich, aber auch Schweden, die Ukraine und weitere Staaten lieferten über die letzten Jahre immer wieder Rüstungs- und Waffengüter in größerem Umfang. Weltweit nahm Thailand im genannten Zeitraum die 21. Stelle unter den weltweiten Waffenimporteuren ein.

Die Streitkräfte Thailands sind regional gesehen eine der stärksten Armeen. Sie spielen neben der Verteidigung des Landes auch eine zentrale Rolle im Inland Dies hat auch seine historischen Gründe: Thailand hat in den vergangenen Jahrzehnten Grenzkonflikte mit Myanmar, Laos und Kambodscha gehabt, im Inland hingegen wurden die Streitkräfte im Kampf gegen kommunistische Guerillabewegungen eingesetzt. Das Heer ist vergleichsweise leicht ausgerüstet und auf Mobilität ausgelegt. Auffällig ist vor allem die hohe Zahl von Transport- und Verbindungsflugzeugen, sowie leichten Infanteriefahrzeugen meist älterer Bauart. Die thailändische Marine ist quantitativ und teilweise auch qualitativ sehr gut mit Waffensystemen ausgerüstet. Seit den 1980er Jahren dient ist sie zunehmend auf die Verteidigung der industriellen Zonen im Osten des Landes und südlichen Küstenregionen. Zunehmend können allerdings mit den zuletzt beschafften Kriegsschiffen auch küstenferne Operationen ausgeführt werden. Das Fluggerät der thailändischen Luftwaffe spiegelt teilweise noch ihre Anti-Guerilla-Rolle aus den 1960er und 1970er Jahren wider. Beschaffungen der letzten Jahre führten jedoch dazu, dass die thailändische Luftwaffe mittlerweile zu einer der bestausgerüsteten in Süd-Ost-Asien zählt.

Da das Militär nicht in der Lage war, dauerhaft landesweit zu operieren, fiel den paramilitärischen Einheiten die Aufgabe zu, in den Unruheprovinzen während des Guerilla-Aufstandes in der Vergangenheit Präsenz zu zeigen und gegen kommunistische Guerillas vorzugehen.

Das Militär hat eine sehr stark ausgeprägte gesellschaftliche und politische Rolle. Diese interne Rolle der Streitkräfte ist in der Verfassung verankert, in der sie als „Beschützer der Nation, des Königshauses und der Religion“ bezeichnet werden. Erschienen der Militärführung Parlament und politische Parteien als zu schwach oder zu korrupt oder galten die Einheit des Landes und die Monarchie gefährdet, schritten Militärs wiederholt ein. Sowohl im Mai 2014 als auch im September 2006 hat die thailändische Militärführung – im Anschluss an eine durch Militärputsche geprägte Geschichte – erneut in Staatsstreichen die Regierung abgesetzt und das Kriegsrecht ausgerufen. Dies steht allerdings entgegen einer seit den 1990er

Jahren einsetzenden Einschränkung der einflussreichen Rolle des Militärs und ist weniger auf die Machtgier der Militärführung als auf die instabilen politischen Verhältnisse im Land zurückzuführen. Durch die aktive Einflussnahme auf die Politik hält das Militär jedoch seine Bedeutung für das politische Geschehen aufrecht. Vor dem Hintergrund der sich seit 2006 bis heute wiederholenden Unruhen und Gewaltausbrüche im Rahmen der Auseinandersetzungen zwischen „Gelbhemden“ und „Rothemden“ griff das Militär mehrfach massiv ein. So brachen in Thailand im November 2013 politische Unruhen aus. Anfang Mai 2014 enthob das Verfassungsgericht Premierministerin Yingluck Shinawatra mit der Begründung des Machtmissbrauchs ihres Amtes. Nachdem Versöhnungsgespräche zwischen Vertreter:innen beider Seiten scheiterten und das Kriegsrecht verhängt wurde, übernahm das Militär am 22. Mai 2014 die Macht und General Prayuth Chan-ocha das Amt des Regierungschefs als Vorsitzender des Rates für nationalen Frieden und die Aufrechterhaltung der Ordnung. Die Verfassung wurde außer Kraft gesetzt, es galt ein Versammlungsverbot sowie eine nächtliche Ausgangssperre. Das Militär gab an, dafür zu sorgen, dass die öffentliche Ordnung wiederhergestellt und Reformen eingeleitet würden.

Darüber hinaus sind Ex-Militärs in der Wirtschaft des Landes prominent vertreten. Aufgrund von Verwicklungen in Korruption und illegale Geschäfte genießen die thailändischen Sicherheitskräfte allerdings einen durchaus zweifelhaften Ruf. Nachdem sich das thailändische Militär durch seinen Einsatz in Ost-Timor auch international profiliert hat – ein Kommandeur der militärischen Komponente der UNTAET-Mission war der thailändische Generalleutnant Winai Phattiyakul, der auch das Kommando über die Nachfolge-Mission UNMISET hatte –, hat Thailand die Teilnahme an UN-Blauhelmeinsätzen erhöht. Die kanadische Regierung hat Überlegungen angestellt, ein regionales Trainingszentrum für Blauhelme in Thailand zu errichten.

Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

Thailand ist einigen Abrüstungsverträgen nicht beigetreten, unter anderem der Konvention zum Verbot bestimmter konventioneller Waffen von 1983. Begründet wird dies mit der unsicheren Lage in der Region, in der es möglicherweise Staaten gäbe, die über solche Waffen verfügen (VR China, Myanmar). Thailand hat als erstes Land Südostasiens die IstGh-Konvention unterzeichnet, jedoch bis heute noch nicht ratifiziert. Interessanterweise hat das Land die Völkermord-Konvention von 1948 ebenso nicht unterschrieben. Das Land ist in letzten Jahren jedoch einigen wichtigen internationalen Verträgen im Bereich der Menschenrechte beigetreten.

Die thailändischen Sicherheitskräfte sehen sich mit dem ernsthaften Problem konfrontiert, dass einigen Angehörigen die Verwicklung in illegale Machenschaften nachgesagt wird. Das Ausmaß dessen erstreckt sich soweit, dass von einer endemischen Korruptionskultur die Rede sein kann. Mitglieder der Sicherheitskräfte sind am Waffen-, Drogen-, Tropenholz- und Menschenschmuggel beteiligt und wirtschaftlich auch in zwielichtigen Bereichen aktiv, so dass sie oftmals über enge Verbindungen zur Unterwelt verfügen.

Im Rahmen der Auseinandersetzung zwischen den beiden großen politischen Lagern der „Gelbhemden“ und „Blauhernen“, die das politische Geschehen seit 2006 beeinflussen, spielt das Militär in dem politischen Geschehen eine intensive Rolle. Die Sicherheitskräfte

griffen in den vergangenen Jahren regelmäßig in die Unruhen ein, im Mai 2014 kam es zum Putsch und der Übernahme der Regierungsgeschäfte durch das Militär. In Folge auf die nur sehr begrenzt freien Parlamentswahlen 2019 formierte sich 2020 eine Protestbewegung in Thailand, die u. a. Neuwahlen und eine Reform der Verfassung fordert. Die Regierung hat dies mit Repressalien beantwortet und Demonstrationen durch die Polizei gewaltsam niederschlagen lassen. Etliche Demonstrierende wurden inhaftiert und erwarten lange Haftstrafen. Andere Probleme sind Übergriffe und Zwangsrepatriierung myanmarischer Geflüchteter seitens Militärpersonals, außergerichtliche Hinrichtungen, entweder direkt durch Angehörige der Sicherheitskräfte oder von ihnen unterstützte „Todesschwadronen“, sowie Übergriffe auf Häftlinge.

Die Bemühungen der thailändischen Regierung, Korruption und Menschenhandel unter Kontrolle zu bringen, werden u. a. dadurch behindert, dass Mitglieder der Sicherheitskräfte am Menschenhandel beteiligt sind bzw. gegen Annahme von Bestechungsgeldern beim Schmuggel behilflich sind.

Sowohl die inneren als auch die äußeren Konflikte haben mit dem Ende der kommunistischen Guerillabewegung und dem Ende des kambodschanischen Bürgerkrieges abgenommen. Es gibt jedoch anhaltende Spannungen im islamisch geprägten Süden des Landes an der Grenze zu Malaysia und im thailändisch-myanmarischen Grenzgebiet. Von Zeit zu Zeit kommt es zu Gefechten zwischen thailändischen und myanmarischen Einheiten. Im Herbst 2008 sowie im Frühjahr 2011 verschärften sich die Konflikte an der Grenze zwischen Thailand und Kambodscha um den Vihear Preah Tempel, nachdem die UNESCO die Region zum Weltkulturerbe erklärt hatte. Nach der erneuten Eskalation im Frühjahr 2011, bei der auf beiden Seiten Soldat:innen ums Leben kamen, scheint vorerst eine Einigung zwischen beiden Staaten gefunden worden zu sein. Nach dem 11. September sind mehrere Länder Südostasiens unter Druck geraten, energischer gegen mutmaßliche Terrorist:innen vorzugehen. Auch auf Thailand wurde diesbezüglich politischer Druck ausgeübt. Als Folge dieser Forderungen haben zehn ASEAN-Staaten, unter anderem Thailand, im August 2002 einen Anti-Terror-Pakt mit den USA beschlossen, um ein Kooperationsnetzwerk im Kampf gegen Terrorismus zu bilden. Das Land hat einen gewissen Ruf als einfaches Einreiseland und als einer der größten Umschlagsplätze für Kleinwaffen in der Region. Dies ist in der Vergangenheit von mehreren bewaffneten Organisationen, die international als terroristisch gelten (z. B. die LTTE), ausgenutzt worden. Ebenso wie die genannten bewaffneten Gruppen haben auch internationale kriminelle Organisationen die relativ einfache Verfügbarkeit von Waffen, die einfache Einreise und die Korrumpierbarkeit seitens der Sicherheitskräfte zu ihren Gunsten genutzt. Durch seine Lage im „Goldenen Dreieck“ und durch die große Anzahl an Reisenden aus Europa und Nordamerika ist Thailand auch für den internationalen Drogenhandel interessant.

Thailand machte in den vergangenen Dekaden eine beeindruckende Entwicklung durch und zählt seit 2019 zu den Ländern mit sehr hoher Menschlicher Entwicklung. Die Wirtschaft ist angemessen diversifiziert – im Hinblick auf das Einkommensniveau sogar überdurchschnittlich – und gilt als einigermaßen krisenfest, auch wenn weiterhin leichte Abhängigkeiten (etwa vom Tourismus- und Exportsektor) bestehen. So konnte sich das Land etwa gut von der Covid-19 Pandemie erholen, obwohl besagte wichtige Sektoren davon schwer getroffen wurden. Thailand weist keine bedenkliche Verschuldung auf, gilt allerdings im Hinblick auf klimatische Änderungen als durchaus vulnerabel. Weitere Stressoren (wie hohe Einkommensungleichheit, hohes Bevölkerungswachstum oder -schrumpfung) sind nicht vorhanden. In Bezug auf die SDGs befindet es sich auf einem guten Weg und konnte viele

wichtige sozioökonomische Bedingungen verbessern, auch wenn punktuell noch (große) Herausforderungen bestehen. Im Vergleich der relativen Militärausgaben zu den Gesundheits- und Bildungsausgaben sowie dem Militarisierungsgrad Thailands weist das Land derzeit keine besondere Gefahr auf, dass überhöhte Rüstungsausgaben die Entwicklung nachhaltig beeinträchtigen.

Teil I: Informationen zum Sicherheitssektor

Deutsche Rüstungsexporte

Tabelle 1

Deutsche Rüstungsexporte nach Außenwirtschaftsgesetz, 1999-2022 (in Millionen Euro)

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
1999	Revolver, Pistolen, Jagd- und Sportwaffen: 37,4% Unterkalibrige Übungspatronen: 15,8% Teile für Kriegsschiffe: 11,1% Teile für Fluggeräte: 11% Teile für Feuerleitsysteme: 6,8%	1,07
2000	Trainings- und Kampfflugzeuge, Teile für militärische Luftfahrzeuge: 95,1%	38,90
2001	Maschinenkanonen und –teile: 38%; Gewehre und Karabiner: 28,9% Teile für Unterwasserortungsgeräte, Kreiselkompassanlagen und Sonaranlagen: 7% Teile für Panzer-, Schießausbildungs- und Gefechtssimulatoren: 7,1% Trainings- und Kampfflugzeuge, Teile für militärische Luftfahrzeuge: 95,1%	6,23
2002	Schiffs-Navigationsausrüstungen, Teile für Fregatten, Unterwasserortungsgeräte: 37,9% Gewehre und Karabiner (einschließlich Kriegswaffen), Revolver, Pistolen, Maschinenpistole, Schalldämpfer, Lafetten, Waffenzielgeräte, Teile für Maschinengewehre: 25,4% Kommunikationssysteme: 11,5% Munition für Kanonen, Teile für Maschinengewehrmunition: 10,6%	5,1
2003	Feuerleiteinrichtungen für Patrouillenboote und Nachtzielgeräte: 66,1% Software für Führungs- und Waffeneinsatzsysteme / Simulations- und Ausbildungsausrüstung: 13,6% Bodenausrüstung und Teile für Trainingsflugzeuge und Transporthubschrauber: 7,2%	31,2
2004	Bodenausrüstung und Teile für Trainingsflugzeuge, Zieldarstellungsdrohnen: 35,2%; Gewehre, Revolver, Pistolen, Maschinenpistolen, Jagdgewehre und Teile für Gewehre, Revolver, Pistolen, Maschinenpistolen, Maschinengewehre: 22,8% Navigationssysteme und Teile für Unterwasserortungsgeräte, Lenk- und Navigationsausrüstung: 20,6% Funkgeräte, Frequenzumformer und Teile für Kommunikationsausrüstung, Radaranlagen, Stromversorgungen: 12,2%	3,11
2005	Kommunikationsausrüstung, Hinderniswarnsysteme, Navigationssysteme, Prüfausrüstung, statischer Umrichter und Teile für Kommunikationsausrüstung, statischer Umrichter: 51% Teile für Trainingsflugzeuge, Hubschrauber, Zieldarstellungsdrohnen, Triebwerke, Bordausrüstung: 22,8% Teile für Feuerleiteinrichtungen: 14,8%	9,50

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
2006	Schiffsbrückensimulator und Schieß- und Gefechtssimulator: 82,9%	17,88
2007	Kommunikationsausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung, Kreiselkompasssysteme, Radaranlagen, Frequenzumformer: 51,2% Panzerstahlbleche, Körperschutzwesten und Einschübe für Körperschutzwesten: 19% LKW und Teile für Panzer und gepanzerte Fahrzeuge: 12,4%	7,25
2008	U-Boot Simulator: 52,1%; Teile für Trainingsflugzeuge: 18,7% Kommunikationsausrüstung, Navigationsausrüstung, Lenkausrüstung, Frequenzumformer und Teile für Radaranlagen, Kommunikationsausrüstung, Navigationsausrüstung, Lenkausrüstung, statische Inverter: 17,9%	27,47
2009	Kommunikationsausrüstung, Navigationsausrüstung, Wanderfeldröhre und Teile für Kommunikationsausrüstung, Ortungsausrüstung, Navigationsausrüstung, Frequenzumformer: 48,4% Teile für Unterwasserortungsgeräte: 31,6% Panzerplatten, Panzeranzüge, Schutzausrüstung und Teile für Schutzanzüge: 8%	13,42
2010	Elektronische Ausrüstung, Kommunikationsausrüstung, Hinderniswarnsysteme und Teile für elektronische Ausrüstung, Kommunikationsausrüstung, Ortungssysteme, Stromversorgungen: 45,3% Hubschraubertriebwerke und Teile für Trainingsflugzeuge, Zieldarstellungsdrohnen, Bodendienstgeräte, Atemgeräte: 41,3%	13,03
2011	Flugkörper, Pyrotechnische Munition, Handhabungsgeräte und Teile für Flugkörper: 44,7% Hubschraubertriebwerke und Teile für Trainingsflugzeuge, Atemgeräte: 25,6% Kommunikationsausrüstung, Ortungsausrüstung, Frequenzumformer und Teile für Kommunikationsausrüstung, Radaranlagen, Navigationsausrüstung, Stromversorgungen: 12,9%	9,33
2012	Kommunikationsausrüstung, Navigationsausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung, Ortungsausrüstung, Navigationsausrüstung, Lenkausrüstung, Stromversorgungen: 45,3% Flugkörper, pyrotechnische Munition, Seeminenräumausrüstung und Teile für Flugkörper, Bodengeräte: 40,9%	11,37
2013	Sonarsysteme und Teile für Unterwasserortungsgeräte: 40,8% Flugsimulator und U-Boot-Simulator: 29,9% Kommunikationsausrüstung, Navigationsausrüstung, Kathodenstrahlröhre und Teile für elektronische Ausrüstung, Kommunikationsausrüstung, Navigationsausrüstung, Ortungsausrüstung, Prüfausrüstung: 12,6%	32,5
2014	Unterwasserortungsgeräte: 90,6%	19,21
2015	Feuerleiteinrichtungen, Bodenüberwachungsradar, Prüfausrüstung und Teile für Feuerleiteinrichtungen, Bodenüberwachungsradar: 48,1% Elektronische Ausrüstung, Kommunikationsausrüstung, Messausrüstung, Prüfausrüstung, Navigationsausrüstung, Stromversorgungen und Teile für elektronische Ausrüstung, Kommunikationsausrüstung, Ortungsausrüstung, Navigationsausrüstung: 39%	26,89

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
2016	Hubschrauber, Bodendienstgeräte und Teile für Kampfflugzeuge, Transportflugzeuge, Flugzeuge, Hubschrauber: 76,7% Feuerleiteinrichtungen und Teile für Feuerleiteinrichtungen: 16,5%	74,45
2017	Kommunikationsausrüstung, Navigationsausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung, Navigationsausrüstung: 74,4% Teile für Kampfflugzeuge und Hubschrauber: 8,5%	12,64
2018	Marine Trainings Simulator und Teile für Marine Trainings Simulator: 45,7% Übungsflugkörper und Teile für Flugkörper, Bodengeräte für Flugkörper, Torpedoabwehrsystem, Flugkörperabwehrsystem für Luftfahrzeuge: 33,8% Kommunikationsausrüstung, Kathodenstrahlröhren, Messausrüstung, Prüfausrüstung, Navigationsausrüstung, Stromversorgungen, Verschlüsselungsausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung, Navigationsausrüstung: 14,1%	17,08
2019	Flugkörper, pyrotechnische Munition, Bodengeräte für Flugkörper und Teile für Flugkörper, Seeminenräumausrüstung, Flugkörperabwehrsysteme für Luftfahrzeuge: 90,0%	53,38
2020	Kommunikationsausrüstung, Verschlüsselungsausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung, Ortungsausrüstung, Stromversorgungen: 69,8% Munition für Kanonen, Flinten und Nebeltarnmunition: 17,4%	11,58
2021	Hubschrauber, Helme, Fallschirme und Teile für Kampfflugzeuge, Hubschrauber: 63,6% Luftraumüberwachungsanlage, Boden-Überwachungsradar und Teile für Luftraumüberwachungsanlage, Boden-Überwachungsradar: 29,8%	65,54
2022	Seeaufklärungsflugzeuge und Teile für Flugzeuge: 69,7 % Elektronische Ausrüstung, Kommunikationsausrüstung, Ortungsausrüstung, Navigationsausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung, Navigationsausrüstung: 15,7 %	19,52

Quelle: Rüstungsexportberichte der Bundesregierung 1999-2022, verfügbar auf der Website des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz <https://www.bmwk.de>

Schaubild 1
Deutsche Rüstungsexporte, 1999–2022

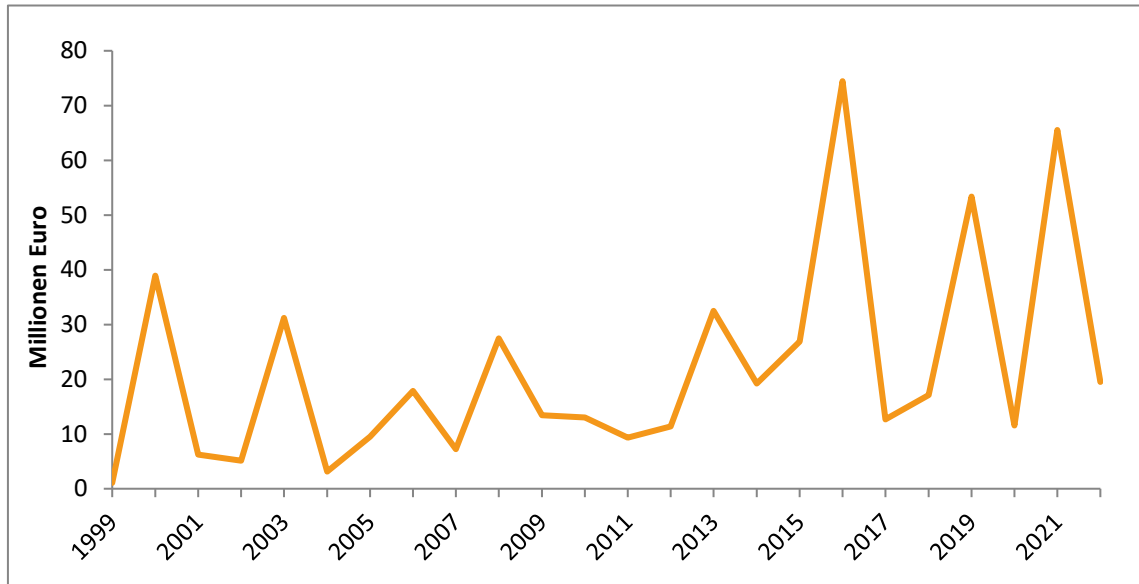


Tabelle 2
Auszug aus dem Waffenhandelsregister von SIPRI, Lieferungen aus Deutschland nach Thailand 2000-2023

Anzahl	Bezeichnung	Waffenkategorie	Bestell-Jahr	Liefer-Jahre	Bisher geliefert	Status
20	Alpha Jet	Jagdbomber/ Trainingsflugzeug	1999	2000-2001	20	Gebraucht, modernisiert
1	Do-228-200MP	Seefernaufklärer	(2003)	2004	1	Gebraucht, modernisiert
(113)	6R-106 TD21	Dieselmotor	2009	2010-2012	(113)	Neuwertig
2	MAN-28/33	Dieselmotor	2009	2013	2	Neuwertig
(40)	IRIS-T	Luft-Luft-Rakete	2010	2012-2013	(40)	Neuwertig
(121)	6R-106 TD21	Dieselmotor	2011	2012-2017	(121)	Neuwertig
(21)	6R-121 TD21	Dieselmotor	2013	2017	(21)	Neuwertig
1	ACTAS	ASW Sonargerät	2013	2018	1	Neuwertig
1	ASO-712	ASW Sonargerät	2013	2018	1	Neuwertig
6	EC145	Leichter Helikopter	2013	2015	6	Neuwertig

Anzahl	Bezeichnung	Waffenkategorie	Bestell-Jahr	Liefer-Jahre	Bisher geliefert	Status
5	EC145	Leichter Helikopter	2014	2016	5	Neuwertig
(100)	IRIS-T	Luft-Luft-Rakete	(2014)	2015-2017	(100)	Neuwertig
6	EC145	Leichter Helikopter	2015	2016	(6)	Neuwertig
2	MAN-28/33	Dieselmotor	2016	2019	2	Neuwertig
(2)	TRML-3D	Luftraumsuchradar	2016	2018-2019	(2)	Neuwertig
(80)	IRIS-T	Luft-Luft-Rakete	2018	2018-2019	(42)	Neuwertig
6	EC135	Leichter Helikopter	2020	2021	(6)	Neuwertig
1	TRML-3D	Luftraumsuchradar	2020	2022	(1)	Neuwertig

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/trade_register.php

Kommentar

In den vergangenen zwei Dekaden (2003- 2022) bezog Thailand jährlich Rüstungsexporte aus Deutschland. Obwohl diese vom Umfang selten die Marke von 50 Millionen Euro überstiegen, stellt Deutschland derzeit den sechstgrößte Rüstungslieferant für Thailand da. Aufgrund der kontinuierlichen Lieferungen ist das Gesamtvolumen der letzten 20 Jahre mit 476 Millionen Euro keinesfalls gering.

In den letzten zehn Jahren (2014-2023) wurden neben diversen Hubschrauben der Typen EC145 (insgesamt 11 Stück im Jahr 2016) und EC135 (6 Stück in 2021) auch Luft-Luft Raketen des Typs IRIS-T für die bei der thailändischen Luftwaffe im Einsatz befindlichen F-5E (100 Stück zwischen 2015 und 2017 und 42 weitere zwischen 2018 und 2019) und Luftraumradare des Typs TRML-3D (2 wurden vermutlich zwischen 2018 und 2019 und ein weiteres vermeintlich 2022 ausgeliefert) geliefert. Zudem genehmigte die Bundesregierung 2016 den Export von zwei Dieselmotoren für ein BVT-90 Patrouillenboot aus dem Vereinigten Königreich.

Immer wieder wurden jedoch auch Lieferungen nach Thailand untersagt: So wurde im Jahr 2016 bekannt, dass bis Ende 2017 vier Skyguard Flugabwehrsysteme durch Rheinmetall geliefert werden sollten. Diese Ausfuhr wurde 2018 jedoch durch die Bundesregierung gestoppt. Im Jahr 2020 wurden gleich sieben Ausfuhren von Rüstungsgütern im Wert von insgesamt circa 1,66 Mio. Euro abgelehnt. Zur Begründung verwies der Rüstungsexportbericht der Bundesregierung auf die nationale Politik sowie einen möglichen Verstoß gegen die Kriterien 1 (Einhaltung internationaler Verpflichtungen), 2 (Achtung der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechtes), 3 (innere Lage im Empfängerland), 4 (Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region) und 7 (Gefahr der unerlaubten Wiederausfuhr) des Gemeinsamen Standpunktes der EU. Auch 2022 wurden eine Ausfuhr im Wert von 48.840 Euro mit Verweis auf die Kriterien 2 und 3 abgelehnt.

Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland

Tabelle 3

Höhe der Exporte von Großwaffensystemen nach Thailand 2019-2023, Mio. TIV¹

Jahr	2019	2020	2021	2022	2023	2019-2023
Summe	291	143	150	251	279	1114

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database: <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Tabelle 4

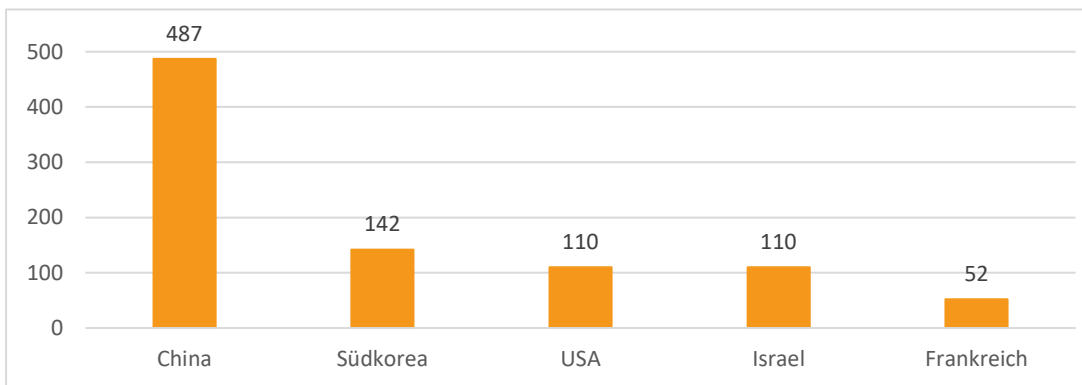
Deutsche Exporte von Großwaffensystemen nach Thailand 2019-2023, Mio. TIV

Jahr	2019	2020	2021	2022	2023	2019-2023
Summe	21	-	14	10	-	44

Quelle: SIPRI Arms Transfer Database, <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Schaubild 2

Wichtigste Lieferanten von Großwaffensystemen 2019-2023, Mio. TIV



Quelle: SIPRI Arms Transfer Database, <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

¹ SIPRI gibt die Werte als sogenannten Trend Indicator Value (TIV) an. Der TIV basiert auf den bekannten Produktionskosten für bestimmte Waffensysteme und bildet den militärischen Wert in einer eigenen hypothetischen Einheit ab. So werden etwa Wertverluste bei älteren und gebrauchten Geräten berücksichtigt. Der TIV bildet damit eher den militärischen als den finanziellen Wert ab. Weiterführend, siehe SIPRI, Arms Transfers Database, abrufbar unter: <https://www.sipri.org/databases/armstransfers/background#TIV-tables>

Kommentar zu den Waffenkäufen

Laut SIPRI-Datenbank (Stand: März 2024) nahm Thailand zwischen 2019 und 2023 die 28. Stelle unter den weltweiten Waffenimporteuren ein.

China war im Zeitraum zwischen 2019 - 2023 der wichtigster Rüstungslieferant für Thailand. So lieferte China im genannten Zeitraum ein Raketenabwehrsystem und dazugehörige Boden-Luft-Raketen (Typ HQ-22), Mörser (Typ PL-05 120 mm), gepanzerte Mannschaftstransporter (Type-071) und Schützenpanzer (Type-07P), Kampfpanzer und Bergepanzer (Typ VT-4), leichte Panzer (Typ ZTD-05) sowie Mehrfachraketenwerfer und Lenkraketen. Diese Bestellungen sind Teil eines größer angelegten Programmes in dessen Zuge China bei der Modernisierung seines veralteten Inventars unterstützt. Bereits 2017 – also zwei Jahre vor dem o.g. Zeitraum – wurde von Thailand ein U-Boot (Typ S26T) im Wert von rund 390 Millionen Dollar aus China geordert, dessen Lieferung jedoch bis heute aussteht.

Südkorea war zwischen 2019 und 2023 zweitwichtigster Rüstungslieferant Thailands. In diesem Zeitraum erhielt Thailand aus Südkorea acht T-50 Golden Eagle Trainings-/Kampfflugzeuge. Im Jahr 2021 bestellte Thailand zwei weitere Flugzeuge derselben Typs, deren Lieferung jedoch noch ausstehen. Für diese Flugzeuge orderte Thailand 2022 außerdem 100 südkoreanische Lenkbomben, die jedoch ebenfalls noch nicht geliefert wurden.

Wichtigster Lieferant waren lange die **USA, die im Zeitraum zwischen 2019 – 2023 jedoch nur auf Platz 3** rangieren. Mit den USA sind in den vergangenen Jahren zahlreiche Geschäfte über den Kauf von Helikoptern abgeschlossen worden. So wurden insgesamt 17 teilweise gebrauchte S-70 Black Hawk Transporthubschrauber geordert, von denen bis Ende 2023 acht Stück geliefert worden sind. 2022 bestellte Thailand acht Kampfhubschrauber vom Typ AH-6S, die 2025 geliefert werden sollen. Auch Flugzeuge importierte Thailand aus den USA. Es erhielt es 2020 drei Cessna-180 Skywagon Leichtflugzeuge und zwischen 2022 und 2023 zwölf PC-9 Ausbildungsflugzeuge. Bestellt, aber noch nicht geliefert, sind außerdem acht Erdkampfflugzeuge (Typ AT-6C), zwei weitere Leichtflugzeuge vom Typ Cessna-208 Skywagon sowie drei leichte Kodiak-100 Transportflugzeuge. 2022 hat Thailand aus den USA zwei Drohnen (Typ RQ-21 Blackjack) importiert. Außerdem hat Thailand insgesamt acht Mantelstromtriebwerke erhalten, von denen zwei weitere folgen sollen und die für Ausbildungsflugzeuge, die aus Südkorea importiert wurden, gedacht sind. Zusätzlich hat Thailand zwischen 2019 und 2023 insgesamt 130 gebrauchte gepanzerte Mannschaftstransporter (Typ Piranha-3) aus den USA erhalten. Hinzukommen US-amerikanische Anti-Schiff-Raketen (Typ Harpoon Block-2) und Mk-54 LWT-Torpedos zur U-Boot-Abwehr, die für die thailändischen Fregatten sind. 2022 bestellte Thailand darüber hinaus 300 FGM-148 Javelin Panzerabwehr-raketen, deren Lieferung noch aussteht.

Auf Platz 4 und 5 der wichtigsten Rüstungslieferanten Thailands im Zeitraum 2019 bis 2023 rangieren Israel und Frankreich. Aus Israel bezog Thailand 2019-2023 eine Reihe von Drohnen der Typen Orbiter-3, Hermes-900 und Dominator-2, selbstfahrende Geschütze (Typ ATMOS 2000 155 mm), Mörser (Typ CARDOM 120 mm), Panzerabwehrraketen (Typ Spike MR/LR) und Lenkbomben (Typ Lizard) sowie Flugzeugradargeräte. Aus Frankreich wurden vornehmlich Transporthelikopter (Typ H225M), gezogene Geschütze sowie Dieselschiffsmotoren geliefert.

Nach dem Militärputsch 2014 stockten Vereinbarungen zu Rüstungskäufen Thailands mit den USA, Kanada, Deutschland und weiteren Rüstungslieferanten, die militärische Hilfe der USA wurde zunächst gänzlich gestoppt. Grund dafür waren Bedenken bzgl.

Menschenrechten und demokratischen Defiziten unter dem neuen Premierminister Prayut. Diese Entwicklungen behindern die Modernisierungspläne der thailändischen Streitkräfte noch immer und haben zur Folge, dass Thailand eine Diversifizierung seiner Rüstungslieferanten anstrebt. So orientiert sich Thailand momentan u. a. gen China, Russland, Israel und auch Schweden. Am 30. Mai 2013 unterzeichnete die thailändische Regierung ein Übereinkommen mit Indien, das eine engere Zusammenarbeit der Verteidigungsindustrien beider Länder ermöglichen soll. Bereits im Vorfeld näherten sich beide Staaten durch den Austausch von Kommunikationstechnologie und der Weitergabe maritimer Informationen aneinander an. Nachdem die thailändische Regierung offensichtlich nicht mehr den Kauf deutscher U-Boote plant, konzentriert sich die Beschaffung verstärkt auf Fregatten. Dazu unterzeichnete sie am 8. August 2013 einen Vertrag mit der südkoreanischen Firma Daewoo Shipbuilding & Marine Engineering (DSME), für die besagte Fregatte, im Wert von umgerechnet 466 Millionen US-Dollar. Zudem beschlossen Indien und Thailand 2016 eine ausgeweitete Verteidigungskooperation, welche den Rüstungshandel und damit verbundene Industriezweige vereinfachen soll. Im selben Jahr wurde auch mit Japan eine verstärkte Kooperation beschlossen.

Militärausgaben

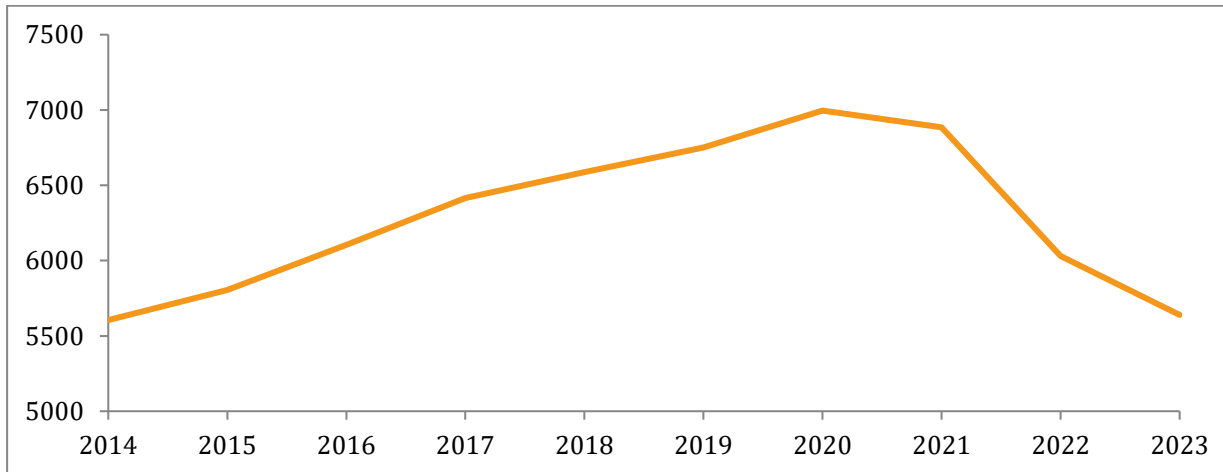
Tabelle 5

Absolute Militärausgaben und Anteil am BIP (Mio. USD)

	2019	2020	2021	2022	2023
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	6751	6996	6886	6031	5640
Anteil am BIP (in Prozent)	1,3	1,5	1,4	1,2	1,2
Anteil an Staatsausgaben (in Prozent)	6,1	5,8	5,2	5,0	4,9

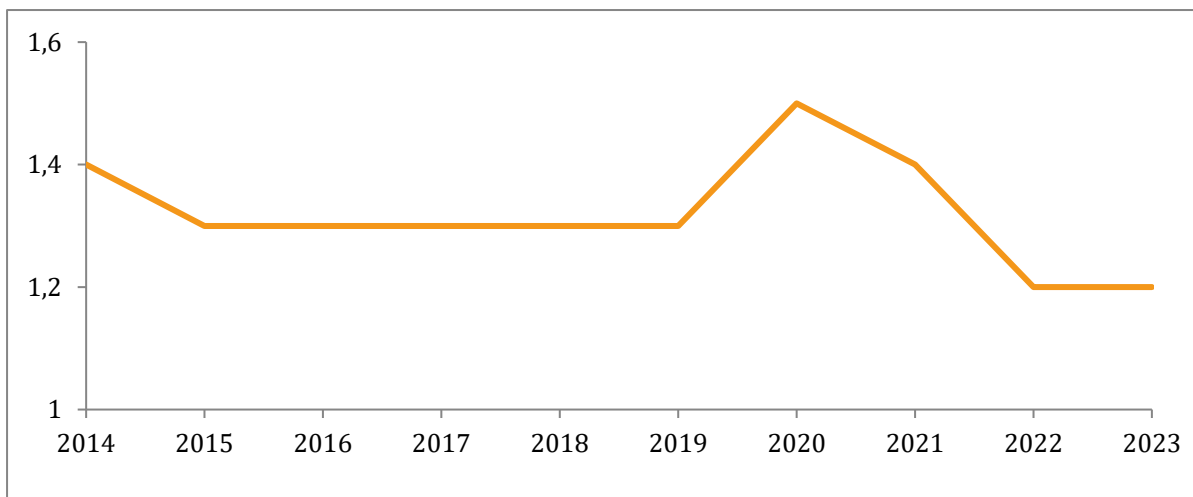
Angaben in konstanten Preisen mit 2022 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Schaubild 3**Absolute Militärausgaben, Trend 2014 – 2023 in Mio. USD**

Angaben in konstanten Preisen USD mit dem Basisjahr 2022.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Schaubild 4**Anteil der Militärausgaben am BIP, Trend 2014 – 2023 (in Prozent)**

Angaben in konstanten Preisen mit 2022 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Lokale Rüstungsindustrie

Die lokale Rüstungsproduktion ist regional gesehen von großer Bedeutung, besonders im Bereich der Kleinwaffenproduktion. Auch deutsche Heckler & Koch Modelle (G3, HK33) werden in Lizenz vom Army Weapons Production Centre hergestellt. Dort wird auch Munition produziert.

Mit Hilfe der USA, Italien und Japan wurde in den 1980er Jahren der Versuch unternommen, Marinebasen zur Reparatur aufzubauen. Bis heute ist es jedoch nicht gelungen, diese Kapazitäten ausreichend auszubauen und für die Marine nutzbar zu machen.

Seit einiger Zeit gibt es ehrgeizige Pläne der Regierung, die Forschungs- und Entwicklungskapazitäten (F&E) der Wirtschaft weiter zu stärken. Im Rahmen dieser Politik wird auch die Rüstungsindustrie von staatlicher Hilfe profitieren, um ihre F&E-Kapazitäten zu erweitern. Thailands Regierung strebt an, die Rüstungsindustrie gezielt zu unterstützen, um die nationale Sicherheit zu garantieren. Derzeit laufen Verhandlungen zwischen Thailand und China über eine gemeinsame Verteidigungskooperation zum Aufbau von Produktions- und Instandsetzungskapazitäten für militärisches Gerät. Thailand zielt dabei insbesondere auf einen Technologieaustausch im Hinblick auf Kleinwaffen und Drohnen chinesischer Produktion ab. Eine geplante Instandsetzungsanlage ist vermutlich für VT-4 Panzerfahrzeuge gedacht, von welchen seit 2016 etwa 48 von China geliefert wurden und von welchen noch weitere geliefert werden sollen. Kolportiert wurde auch eine gemeinsame Produktionsstätte für Mehrfachraketenwerfer, über die bereits im Jahr 2012 bereits ein Abkommen geschlossen worden sein soll. Bis dato (letzte Meldungen dazu aus 2019) wurde eine solche jedoch nicht realisiert.

Darüber hinaus kündigte das Verteidigungsministerium ähnliche Gespräche mit Russland und verstärkte Kooperationen mit Pakistan, den Philippinen und Israel an. Mit dem israelischen Unternehmen Elbit soll insbesondere die Entwicklung bzw. lokale Produktion von Mörser und Artillerie-Systemen vorangetrieben werden.

Thailands Institut für Verteidigungstechnologie kündigte des Weiteren im Februar 2021 die Entwicklung von drei unterschiedlichen militärischen Radfahrzeugen in Kooperation mit der Royal Thai Army an.

Derzeit gibt es etwa 48 Rüstungsnahe Unternehmen, wovon 21 vom Heer, sieben von der Marine, zwölf von der Luftwaffe, eines von der Heeresleitung und sieben direkt vom Verteidigungsministerium geleitet werden. Darunter befinden sich Unternehmen der Luftfahrtsparte (bspw. Thai Aviation Industries), des Schiffbaus (bspw. Bangkok Dock Company) und der Fahrzeugindustrie (bspw. Chaiseri). Die Einrichtung einer Verteidigungsindustriezone ist in Planung und soll im Rahmen eines Umstrukturierungsplans der Streitkräfte und der Verteidigungsindustrie (Vision 2026), voraussichtlich in Kanchanaburi erfolgen.

Streitkräftestruktur

Wehrpflicht: Ja, 24 Monate.

Box 1**Gesamtstärke der Streitkräfte**

360.850 aktive Streitkräfte, davon:

Heer: 245.000

Marine: 69.850

Luftwaffe: 46.000

Reserve: 200.000

Gendarmerie & Paramilitärische Einheiten: ca. 93.700, davon:

Grenzpolizei: 20.000

Marinepolizei: 2.200

Freiwillige Nationale Sicherheitskorps: 45.000 - Reserve

Polizeiflieger: 500

Provinz-Polizei: 50.000

Thahan Phran: 21.000

Paramilitärische Reserve: 45.000

Quelle: IISS Military Balance 2024

Tabelle 6**Stärke der Streitkräfte, Trend 2015–2022**

	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2022
Aktive in 1.000 (IISS)	360,8	360,8	360,8	360,8	360,8	360,8	360,8	360,8	360,8
Soldat:innen auf 1.000 Einwohner:innen (BICC Berechnungen)	5,1	5,1	5,1	5,1	5,1	5	5	5	...

Quellen: IISS Military Balance, 2016-2023, World Bank

Kommentar

Die Streitkräfte Thailands sind regional gesehen eine der stärksten Armeen. Sie spielen neben der Verteidigung des Landes auch eine zentrale Rolle im Inland. Dies hat auch historische Gründe: Thailand hatte in den vergangenen Jahrzehnten Grenzkonflikte mit Myanmar, Laos und Kambodscha, im Inland hingegen wurden die Streitkräfte im Kampf gegen kommunistische Guerillabewegungen eingesetzt. Die paramilitärischen Einheiten können gewissermaßen als ein Erbe dieses Anti-Guerillakampfes angesehen werden, obwohl sie immer noch eine durchaus wichtige Rolle in der thailändischen Militärdoktrin einnehmen. Die schwere Wirtschaftskrise von 1997 hat das Verteidigungsbudget erheblich zusammenschrumpfen lassen, was zu der Streichung einiger Prestigeprojekte führte. Seitdem hingegen befinden sich die Streitkräfte in einem Wiederaufbau, was mit einer großangelegten Rüstungsbeschaffungsstrategie einhergeht, die jedoch weitestgehend auf gebrauchtes Material bzw.

Kriegswaffen ausgerichtet ist. Die thailändischen Streitkräfte befinden sich inmitten eines Umstrukturierungsprozesses, dessen Ziel es ist, die Streitkräfte zu verkleinern und zu professionalisieren.

2015 wurde bekannt, dass die thailändischen Streitkräfte bis 2020 beabsichtigten, eine eigene Einheit für Cyber-Kriegsführung zu etablieren, welche alle drei Streitkräfte und die Polizei repräsentieren sollte. Es finden erste Cyberwar-Übungen des Armed Forces Cyber Security Centers statt (sogenannte Cyber FTX), speziell im Rahmen der „Cobra Gold“-Übungen in Kooperation mit den USA und weiteren Nationen. Seit 2019 besteht des Weiteren ein Space-Operations Center, das von den Luftstreitkräften geführt wird.

Für 2024 sind weitere organisatorische Neuerungen geplant: So soll im Oktober des Jahres ein Cyber Command Center eingerichtet werden. Zudem soll ein Kompetenzprogramm zur Ausbildung von Cyber-Offizieren gebildet werden. Einzelne Kandidat:innen seien bereits in im Bereich Cybersicherheit führende Länder entsandt worden. Jährlich sollen etwa 300 bis 500 Fachkräfte pro Jahr das Kompetenzzentrum durchlaufen.

Im Februar 2017 kündigte die Regierung Thailands ein zehnjähriges Entwicklungsprogramm für das Militär an (Vision 2026), wodurch unter anderem auf die Unruhen im Süden des Landes reagiert wird. Die drei deklarierten Ziele sind die Verbesserung der Vorbereitung des thailändischen Militärs, verbesserte Fähigkeiten und die Modernisierung von diesbezüglichen Strukturen. Außerdem sollen die Militärausgaben auf zwei Prozent des BIPs angehoben und die heimische Industrie gestärkt werden. Berichten zufolge plante Thailand aufgrund der COVID-19 Pandemie, die Verteidigungsausgaben für 2022 jedoch zu beschränken – was sich aktuellen Zahlen nach bestätigte. Bereits im Jahr 2021 waren diese gesunken. Die Modernisierungsbemühungen umfassen verstärkt die Entwicklung von U-Booten und die Fähigkeiten zu U-Boot-Abwehr und laut einem Weißpapier aus dem Jahr 2020 auch Kampfflugzeuge und taktische Transporter.

Die thailändischen Streitkräfte sind ein wichtiger Nicht-Nato-Verbündeter der USA, seit 2014 sind aber auch zunehmende Verteidigungsbeziehungen zu China zu beobachten.

Bewaffnung der Streitkräfte

Tabelle 7

Heer

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Schwere Panzer	444	Davon 50 eingelagert
Leichte Panzer	244	Davon 50 eingelagert
Schützenpanzer	220	
Gepanzerte Mannschaftstransporter	1.216	
Aufklärer	42	

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Bergepanzer	Mehr als 69	
Brückenlegepanzer	Einige	Type-84
Minenräumpanzer	Einige	Bozena; Giant Viper
Ausbildungsflugzeuge	33	
Transportflugzeuge	25	
Kampfhubschrauber	7	
Ausbildungshubschrauber	53	
Mehrzweckhubschrauber	22	
Transporthubschrauber	134	
Artillerie	2.627	Davon 48 eingelagert
Panzerabwehr	Mehr als 210	Zusätzlich einige Flugabwehrraketensysteme (M47 Dragon)
Luftabwehr	Mehr als 8	Zusätzlich Boden-Luft-Raketen (u. a. Aspide)
Drohnen	Mehr als 4	Aufklärungsdrohnen (Hermes 450, Searcher und Searcher II)

Quelle: *IISS Military Balance 2024*

Kommentar

Das Heer ist vergleichsweise gut ausgerüstet und auf Mobilität ausgelegt. Auffällig ist vor allem die hohe Zahl von Transport- und Verbindungsflugzeugen sowie Transporthubschraubern, sowie leichten Infanteriefahrzeugen. Die Systeme stammen überwiegend aus den USA, aber auch aus dem Vereinigten Königreich und China. Schwere Panzer (US-amerikanischer Bauart) sind ebenfalls vorhanden, davon jedoch einige eingelagert. Die Bewaffnung des Heeres belegt, dass in der Vergangenheit interne leicht bewaffnete Gegner:innen als Hauptbedrohung angesehen wurden, diese Bedrohung aber an Bedeutung nachgelassen hat. Trotz der Einbindung in multinationale Übungen überschattet die Einmischungen des Heeres in interne Angelegenheiten nach wie vor die angestrebte Professionalisierung des gesamten Streitkräfteapparates. Einer militärischen Bedrohung durch einen Nachbarstaat wird offensichtlich wenig Bedeutung beigemessen. Die Beschaffungen der vergangenen Jahre belegen, dass vorrangiges Ziel des Heeres die Sicherstellung und Steigerung der Mobilität bleibt. Auch vor dem Hintergrund der Aufrüstung in der Region und der internen Konfliktlage hat die thailändische Regierung in den letzten Jahren eine Vielzahl schwerer Waffensysteme importiert – auffällig war u. a. die Aufstockung bzgl. leichter Panzer, Schützenpanzer, Mannschaftstransporter und Artilleriesysteme (siehe [Kommentar zu den Waffenkäufen](#)).

Tabelle 8**Marine**

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Flugzeugträger	1	
Fregatten	7	
Patrouillenboote	68	
Davon Korvetten	5	
Minenboote	17	
Amphibienfahrzeuge	18	
Logistik und Unterstützung	13	

Quelle: *IISS Military Balance 2024*

Box 2**Weitere Marineeinheiten***Marineflieger:*

- 9 Aufklärungsflugzeuge
- 8 Seefernaufklärer (1 davon kampffähig)
- 4 Transportflugzeuge
- 8 Hubschrauber zur U-Boot-Abwehr
- 2 Mehrzweckhubschrauber
- 16 Transporthubschrauber
- Bis zu 4 Aufklärungsdrohnen
- Einige Raketen (AGM-84 Harpoon)

Marineinfanterie:

- 24 gepanzerte Mannschaftstransporter
- 14 Schützenpanzer
- 3 leichte Panzer
- 33 bewaffnete Amphibienfahrzeuge
- 1 Bergepanzer
- 54 Artilleriegeschütze
- 10 Panzerabwehrlenk Waffen (zusätzlich einige Flugabwehrraketensysteme)
- 14 Luftabwehrgeschütze (zusätzlich einige Boden-Luft-Raketen)

Quelle: *IISS Military Balance 2024*

Kommentar

Die thailändische Marine ist quantitativ und teilweise auch qualitativ sehr gut ausgerüstet. Die Marine hat, zusammen mit der Luftwaffe, seit den 1980er Jahren an Bedeutung gewonnen, nachdem die Militärdoktrin zunehmend auf die Verteidigung der industriellen Zonen im Osten des Landes und der südlichen Küstenregionen abzielt. Zunehmend können allerdings mit den zuletzt beschafften Kriegsschiffen auch küstenferne Operationen ausgeführt werden. Die Marine ist für die Sicherung des thailändischen Golfs zuständig, der für Thailand den wichtigsten Handelszugang auf dem Seeweg darstellt. Die Marine ist auch in der Andamanensee im Einsatz und verfügt damit über eine Präsenz im Indischen Ozean. Für das gestiegene Prestige der Marine spricht auch, dass sie als einzige in der südostasiatischen Region über einen Flugzeugträger – die HTMS Chakri Naruebet - verfügt. Die Marine ist jedoch wegen solcher Großprojekte nur bedingt einsatzbereit. Aufgrund der hohen Instandhaltungskosten des Flugzeugträgers mussten die Mittel für die Instandhaltung von vier Fregatten umgeleitet werden. Der Geldmangel traf in der Vergangenheit auch die Marineflieger schwer: So waren 2001 nur zwei von neun Harrier-Jets und nur ein Teil der 14 A-7 Jets einsatzfähig – seit 2006 wurden alle dieser Flugzeuge außer Dienst gestellt, womit die Chakri Naruebet de facto als ein Hubschrauberträger fungiert.

Da es keine akute Gefährdung durch andere Marinestreitkräfte in der Region gibt und die von den Streitkräften gegebenen Begründungen zur Aufrüstung eher dürftig sind (z. B. Abwehr illegaler Fischerei durch myanmarische Fischer:innen mittels U-Booten oder des Flugzeugträgers), kommt der Verdacht auf, dass es bei der Beschaffung der Ausrüstung oft eher um das Prestige des Militärs als um verteidigungspolitisch begründete Maßnahmen handelt. Durch finanzielle Engpässe und die erwähnten hohen Instandhaltungskosten für viele der Waffensysteme ist die Einsatzzeit der Marine auf See für Übungszwecke sehr gering. Auch der Mangel an ausgebildetem Personal stellt die Einsatzfähigkeit der Marine immer wieder in Frage. Thailands Regierung entsendet nur wenig Personal zur weiteren Ausbildung in befreundete Staaten und auch bei gemeinsamen Marineübungen mit den USA, Australien und Malaysia spielt Thailand häufig nur eine kleine Rolle.

Thailands Marine plante längere Zeit die Anschaffung deutscher U-Boote. Laut Auskunft des deutschen Verteidigungsministeriums vom Mai 2011 ruhen derzeit die Verhandlungen über den Kauf der sechs gebrauchten U-Boote der Klasse 206A. Inzwischen hat die thailändische Regierung offiziell Abstand von dem Geschäft genommen und orderte 2017 ein U-Boot (S26T) im Wert von 390 Millionen US-Dollar aus China, dessen Lieferung zwischen bis Ende 2024 erfolgen soll. Zudem sollten Fregatten geordert werden: Dazu hat das Parlament im September 2012 knapp eine Mrd. US-Dollar bereitgestellt. Die erste Fregatte stammt von der südkoreanischen Firma Daewoo Shipbuilding & Marine Engineering (DSME). Die Mehrzweckfregatte ist insbesondere für den Küstenschutz und dem Schutz der Territorialgewässer im Golf von Thailand und dem Andamischen Meer gedacht und kostete rund 466 Millionen Dollar. Zusätzlich hat das Parlament etwa 110 Mio. US-Dollar zur Modernisierung der zwei Fregatten der Naresuan-Klasse genehmigt. Zusätzlich konnte die Marine am 26. August 2013 das erste Patrouillenboot (Offshore Patrol Vessel) der Firma BAE-Systems in Dienst stellen. Die zwei RTN's Knox-class Fregatten, die Anfang der 70er Jahre in den USA produziert wurden, wurden derweil außer Dienst gestellt bzw. befinden sich nicht mehr in den Beständen.

Tabelle 9
Luftwaffe

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Jagdbomber	11	
Jagdflugzeug	75	
Erdkampfflugzeuge	16	
AWACS	2	
Flugzeuge zur elektronischen Kriegsführung	2	
Aufklärungsflugzeuge	17	
Ausbildungsflugzeuge	85	Davon 28 kampffähig
Transportflugzeuge	46	8 Passagierflugzeuge, davon eins im Lager
Mehrzweckhubschrauber	11	
Such- und Rettungshubschrauber	12	Bewaffnet
Transporthubschrauber	31	
Drohnen	Bis zu 17	Aufklärungsdrohnen (U-1), zusätzlich Dominator XP und Aerostar
Raketen	Einige	u. a. AIM-9P/S Sidewinder; AGM-65 Maverick

Quelle: *IISS Military Balance 2024*

Kommentar

Das Fluggerät der thailändischen Luftwaffe spiegelt teilweise noch ihre Anti-Guerilla-Rolle aus den 1960er und 1970er Jahren wider. Das Fluggerät ist größtenteils US-amerikanischer Bauart und zum Teil veraltet. Nach intensiven Modernisierungsbemühungen und Beschaffungen zählt die thailändische Luftwaffe mittlerweile zu einer der bestausgerüsteten in Südostasien.

Wegen der Finanzkrise 1997 wurde der ursprüngliche Plan, die Luftwaffe mit moderneren F-18 auszustatten, auf Eis gelegt. Stattdessen gelang es dem Verteidigungsministerium, den Kauf von gebrauchten 20 F-16 gegen den Widerstand des Parlaments durchzusetzen. Die Lieferung der 26 deutschen Alpha Jets im Jahr 2001 war angesichts der Größe der Luftwaffe kein unbedeutendes Unterfangen. Die Alpha Jets können als Trainingsflugzeuge eingesetzt werden, sind aber auch zum Einsatz als Bodenkampfflugzeug geeignet. Laut IISS befinden sich derzeit jedoch nur noch 16 Stück im Bestand der Luftwaffe. Diese wurden von 2011 eine Mid-Life-Update (MLU) unterzogen, welches von Thai Aviation Industry, einem staatlichen Wartungs-, Reparatur- und Überholungsunternehmen in Kooperation mit Lockheed Martin

durchgeführt. Neben den F-16 setzt die Luftwaffe überdies derzeit 12 Flugzeuge des Typs Gripen aus schwedischer Produktion ein, die zwischen 2011 und 2013 geliefert wurden.

Die Beschaffung von Ersatz für die alternden Flugzeuge beider Typen war eigentlich für 2023 geplant; bis heute sind jedoch keine konkreten Pläne bekannt, welche Flugzeuge als Ersatz vorgesehen sind.

Die Kampfkraft der Luftwaffe wurde im Jahr 2015 mit der Beschaffung von sechs US-amerikanischen (Eurocopter North America) UH-72A Lakota Hubschraubern erheblich gesteigert. Der Bestand an Hubschraubern wurde in den letzten Jahren weiter ausgebaut, was vermutlich in den nächsten Jahren fortgeführt wird (2022 wurden bspw. acht AH-6S Kampfhubschrauber aus den USA geordert). Wichtiger Partner dabei ist aber auch der französische Konzern Airbus, der in diesem Bereich zuvor dominante US-amerikanische Firmen abgelöst hat. Aus Frankreich wurden allerdings vornehmlich Transporthelikopter geordert (bspw. 12 EC725 Super Cougar). In Österreich wurden des Weiteren seit 2018 sechs Aufklärungsflugzeuge (DA42MPP), 12 Leichtflugzeuge (DA40 und DA42) und sechs Camcopter S-100 Drohnen bestellt. 2021 wurde die Beschaffung eines dritten C295W Transportflugzeuges von Airbus Defence Space angekündigt und die Aufwertung von elf Saab JAS 39 Gripen vorgeschlagen. Weitere wichtige Käufe finden sich im [Kommentar zu den Waffenkäufen](#).

Box 3

Paramilitärische Einheiten

Marinepolizei:

101 Patrouillenboote

Polizeiflieger:

19 Transportflugzeuge (davon 1 Passagierflugzeug)

6 Erdkampfflugzeuge

12 Mehrzweckhubschrauber

61 Transporthubschrauber

Quelle: IISS Military Balance 2024

Kommentar

Da das Militär nicht in der Lage war, dauerhaft landesweit zu operieren, fiel den paramilitärischen Einheiten während des Guerilla-Aufstandes in der Vergangenheit die Aufgabe zu, in den Unruheprovinzen Präsenz zu zeigen und gegen die kommunistischen Guerillas vorzugehen. Aus diesen Jahren stammt auch das von den US-Streitkräften in Vietnam eingesetzte Konzept der „Wehrdörfer“, welche dann insbesondere von den paramilitärischen Einheiten unterstützt wurden. Die „Wehrdörfer“ bestehen an der thailändisch-myanmarischen Grenze weiterhin fort. An ihre Abschaffung wird angesichts der unsicheren Lage auf der myanmarischen Seite nicht gedacht.

Box 4***Peacekeeping****Indien/Pakistan (UNMOGIP): 5 Soldat:innen**Südsudan (UNMISS): 285 Soldat:innen**Quelle: IISS Military Balance 2024***Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft**

Die Machtergreifung des thailändischen Militärs am 22. Mai 2014 verdeutlichte ein weiteres Mal den großen Einfluss der Streitkräfte im thailändischen Staat. Das Militär spielt bis heute eine politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich bedeutende Rolle, die seit Eintritt der Verfassung durch die dort niedergeschriebene Funktion als „Beschützer der Nation, des Königshauses und der Religion“ definiert ist. Diese wurde in der Praxis der 1960er und 1970er Jahre durch militärische Mittel zum Erhalt der inneren Sicherheit sowie entwicklungspolitische Maßnahmen untermauert. So agierte das Militär damals gegen interne Guerillabewegungen (z. B. gegen die verbotene Kommunistische Partei Thailands) und förderte zugleich die Entwicklung des Landes, zum Beispiel im Infrastrukturbereich (Straßen- und Brückenbau). Auf Basis dieser bedeutenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Position nahm das Militär in der Vergangenheit mehrfach auch erheblichen politischen Einfluss: So ist Thailands Geschichte seit dem Ende der absoluten Monarchie 1932 von über zwanzig Putschversuchen und tatsächlichen Militärputschen (zuletzt 2014) geprägt. Dabei muss berücksichtigt werden, dass im Anschluss an den Putsch von 1992 eine deutliche Demokratisierung des Staates geplant wurde: Nach massiven gewaltsamen Auseinandersetzungen, bei denen über 250 Menschen starben, trat der zuvor selbsternannte Premierminister und Putschist General Suchinda Kraprayoon zurück und demokratische Maßnahmen wurden eingeleitet, die fortan unter anderem die Macht der Militärs einschränkten. Die Wahrscheinlichkeit weiterer Putschversuche ist seitdem gesunken. Erklärungen hierfür sind unter anderem globale Entwicklungen und der verbesserte Bildungsstand führender Militärs.

Nichtsdestotrotz kam es nicht nur im Mai 2014, sondern bereits im September 2006 zu einem Staatsstreich, in dem die thailändische Militärführung die damalige Regierung unter Premierminister Thaksin Shinawatra (2001-2006) absetzte und das Kriegsrecht ausrief. Dieser Vorgang hatte Konsequenzen, die die politische Situation des Landes bis in die Gegenwart prägen. Zwar war damals (wie zuletzt) nicht die dauerhafte Machtübernahme des Militärs das Motiv für den Eingriff, sondern die Machtumverteilung im politischen System sowie eine Verfassungsreform. Trotzdem verdeutlichen der direkte militärische Eingriff und die damit einhergehende bewusste Veränderung der politischen Machtverhältnisse die beträchtliche Involvierung des Militärs in die politischen Geschehnisse des Staates. So schien der militärische Einfluss auf die thailändische Politik zwar zeitweise tendenziell abzunehmen, seit der Thronübernahme durch König Maha Vajiralongkorn (seit 2016) wurde dieser jedoch erneut zentralisiert und wird auch von Premierminister General Prayuth Chanocha weiter gefestigt.

Über die politische Dimension hinaus sind Ex-Militärs bis in die Gegenwart prominent in Wirtschaft und Gesellschaft vertreten. Spekulationen zufolge reicht der Einfluss bis in das Königshaus, so werden dem designierten Nachfolger des überaus populären Königs Bhumibol

Adulyadej (Rama IX) enge Kontakte zum Militär nachgesagt. Zuweilen wird das politische System daher auch als „Khakistokratie“ bezeichnet, eine Anspielung auf die sehr engen Verflechtungen der Aristokratie mit den khakifarbenen Uniformen tragenden Militärs.

Das Militär verfügt über ein landesweites Fernseh- und Radionetzwerk, betreibt Banken und zahlreiche Firmen. Die Verflechtungen zwischen Militär und Wirtschaft sind folglich weitreichend, wenngleich zu einem erheblichen Teil dubioser Natur. So verdienen sowohl das Militär als auch die Polizei an der „Unterhaltungsindustrie“, sprich dem Sextourismus, wobei es teilweise zu Auseinandersetzungen zwischen den beiden Staatsorganen kommt. Mitglieder der Sicherheitskräfte werden laut Berichten auch von den *chao pao*, den lokalen „Mafiapaten“ zum Eintreiben von Schutzgeldern, Einschüchterung von Kommunalpolitiker:innen oder für Morde „gemietet“. Presseberichten und unabhängigen Untersuchungen zufolge sollen Mitglieder des thailändischen Militärs zudem am myanmarischen Opiumgeschäft sowie am Schmuggel von Tropenholz und Kulturgütern aus Kambodscha und Myanmar beteiligt sein. Waffenschmuggel in naheliegende Kriegsgebiete (z. B. Myanmar, Aceh, Mindanao, Nordost-Indien und Sri Lanka), aber auch die Verbreitung von Waffen in der thailändischen Unterwelt ist ein ernstes Problem. Dies geschieht in dem Maße, dass Thailand als einer der Hauptumschlagplätze für Kleinwaffen in Südostasien gilt, zum Beispiel für die chinesische separatistische Bewegung GAM oder die LTTE („Tamil Tigers“) aus Sri Lanka. Oft sind thailändische Militärs an diesen Geschäften beteiligt gewesen. Nach Medienberichten sollen sich in der Vergangenheit führende thailändische Militärs auch bei der Beschaffung von Waffensystemen aus dem Ausland selbst bereichert haben. Die Verwicklung thailändischer Sicherheitskräfte in illegale Machenschaften wie im Bereich des Waffen-, Drogen-, Tropenholz- und Menschenschmuggel deuten auf eine endemische Korruptionskultur und enge Verbindungen zur Unterwelt hin. Die thailändischen Behörden haben in der Vergangenheit, besonders seit Beginn des Demokratisierungsprozesses, bereits mehrfach verkündet, härter und entschiedener gegen die „schwarzen Schafe“ vorzugehen. Der Erfolg erscheint indes allerhöchstens mäßig, weshalb die thailändischen Sicherheitskräfte einen inzwischen durchaus zweifelhaften Ruf innerhalb der Bevölkerung genießen. Darauf wiesen auch die Forderungen der Protestierenden seit 2020 hin, die die verfassungsrechtliche Verankerung des militärischen Einflusses in der Politik scharf kritisierten. So ernennt das Militär etwa ein Drittel der Mitglieder des Zweikammerparlamentes, sechs Sitze sind für Oberbefehlshaber:innen reserviert. Jüngsten Ergebnissen des [World Values Survey](#) zufolge (Erhebungswelle 2017-2022) vertraut etwas mehr als die Hälfte der thailändischen Bevölkerung (insgesamt 65,9 Prozent) dem Militär; 25,7 Prozent sprechen dem Militär jedoch wenig Vertrauen aus und 10,3 Prozent gar keins.

Polizei und andere Sicherheitskräfte

Tabelle 10

Ausgaben für öffentliche Ordnung und Sicherheit der Zentralregierung, gemessen am BIP (in %)

	2018	2019	2020	2021	2022
Ausgaben öffentliche Ordnung / Sicherheit	1,2	1,2	1,3	1,3	1,2

Quelle: IMF Government Finance Statistics.

https://data.imf.org/?sk=4e99eda6-45f6-4dcc-bd50-45fc207a6af5&hide_uv=1

Die Royal Thai Police (RTP) ist die nationale Polizei Thailands. Sie ist nicht etwa im Innenministerium angesiedelt, sondern direkt dem Büro des:der Premierminister:in unterstellt. Die Personalstärke liegt nach offiziellen Angaben 210.700 und 230.000 Polizist:innen, was grob 17 Prozent der Staatsdiener Thailands entspricht – rechnet man die Soldat:innen nicht ein. Sie ist in zahlreiche Untereinheiten gegliedert und ähnlich dem Militär strukturiert. Ob der Ähnlichkeit in Struktur, Kultur und Ausbildung wird die Polizei daher oft auch als vierte Teilstreitkraft bezeichnet.

Die Untereinheiten nehmen verschiedene Aufgaben wahr. Es gibt eine ca. 20.000 Personen starke Border Patrol Police Division, welche besondere Unabhängigkeit vom Rest der Polizei genießt und enge Beziehungen zum Königshaus pflegt. Diese eher paramilitärisch ausgerichtete Polizeieinheit hat auch Polizeiflieger und stellt zusätzlich die thailändische Flugrettung (air-sea-rescue). Obwohl Sie auf dem Papier eine Polizeieinheit ist, hat sie in der Vergangenheit oft direkt mit dem Militär zusammen operiert. Die Border Patrol Police Division ist zum Teil mit G3 Sturmgewehren von Heckler & Koch (H&K) ausgestattet, welche lokal in Lizenz hergestellt werden. Ebenfalls in die Border Patrol Police Division eingegliedert ist die Spezialeinheit Naresuan 261. Die Einheit ist auf Geiselnbefreiung und Anti-Terror-Einsätze spezialisiert. Sie trainiert unter anderem mit der deutschen GSG9 und ist ähnlich strukturiert und aufgebaut. Die Naresuan 261 wird auch für den Schutz der königlichen Familie sowie zum Schutz von ausländischen Diplomaten eingesetzt. Auch diese Einheit nutzt zum Teil H&K Waffen, zum Beispiel Maschinenpistolen des Typs MP5. Ebenfalls in der Border Patrol Police Force zusammengefasst sind das Volunteer Defense Corps mit ca. 45.000 Mitgliedern und die Thahan Phran eine ca. 21.000 Personen starke Miliz, die vor allem im Grenzgebiet zu Kambodscha agiert. Beide Einheiten nehmen sowohl polizeiliche als auch militärische Aufgaben wahr. Im Stadtgebiet von Bangkok gibt es außerdem noch die Metropolitan Police Division, welche mindestens 10.000 Personen stark ist. Letztendlich hat die Royal Thai Police auch eine dem amerikanischen SWAT-Team ähnliche Einheit, die Arintharat 26. Hinzu kommen noch die Marine Police (2.000 Polizist:innen) und Provincial Police Einheiten (50.000 Polizist:innen) sowie lokale Polizeieinheiten in den einzelnen Regionen, deren Größe und Stärke allerdings unklar sind.

Das scharfe Vorgehen von Polizeieinheiten bei den seit 2020 immer wieder auflodernden Protesten wird von Amnesty International kritisiert. Mehr hierzu unter dem Kapitel: „[Spannungen und innere Konflikte](#)“. Thailand stellte zwar im Oktober 2022 erstmals ein Gesetz zur

Bekämpfung von Folter und Verschwindenlassen vor, trotzdem ist laut Amnesty Folter und andere Misshandlungen weiterhin ein Problem.

Teil II: Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

Bewertung auf Grundlage der [BICC-Datenbank](#)

Kriterium	Bewertung
1. Einhaltung internationaler Verpflichtungen	Möglicherweise kritisch
2. Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	Kritisch
3. Innere Lage im Empfängerland	Kritisch
4. Erhalt von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	Möglicherweise kritisch
5. Bedrohung von Alliierten	Möglicherweise kritisch
6. Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	Kritisch
7. Unerlaubte Wiederausfuhr	Kritisch
8. Wirtschaftliche und technische Kapazitäten des Landes	Nicht kritisch

Quelle: Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC): Rüstungsexport-Datenbank (ruestungsexport.info).

Einhaltung internationaler Verpflichtungen

Tabelle 11

Mitgliedschaft in Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Chemiewaffen-Protokoll von 1928	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Partieller atomarer Teststopp Vertrag von 1963	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Weltraumvertrag von 1967	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Non-Proliferationsvertrag für Nuklearwaffen von 1970	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Vertrag zum Verbot von Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden von 1972	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Biologie- und Toxinwaffen-Konvention von 1975	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Konvention zum Verbot der Veränderung der Umwelt zu unfriedlichen Zwecken von 1978	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention zum Verbot bestimmter konventioneller Waffen von 1983	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Chemiewaffen-Konvention von 1997	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Anti-Personenminen-Konvention (Ottawa Vertrag) von 1999	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Übereinkommen über Streumunition von 2010	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Der Internationale Waffenhandelsvertrag (ATT) 2014	Unterzeichnet, nicht ratifiziert	SIPRI Jahrbuch

Kommentar

Thailand ist einigen Abrüstungsverträgen nicht beigetreten, unter anderem der Konvention zum Verbot bestimmter konventioneller Waffen von 1983. Internationale Organisationen wie Human Rights Watch oder das Internationale Komitee des Roten Kreuzes sehen als problematische Punkte die Fragen von Anti-Personenminen und Kindersoldat:innen. Obwohl Thailand selber den Verträgen beigetreten ist, halten sich die im Grenzgebiet zu Myanmar operierenden Oppositionskräfte nicht an diese internationalen Normen. Berichten zufolge sollen auch einige der bewaffneten islamistischen Gruppen in der Pattani-Region im Süden Thailands Kindersoldat:innen angeworben haben. Den Internationalen Waffenhandelsvertrag hat Thailand unterzeichnet, bisher aber nicht ratifiziert.

Gegen Thailand sind derzeit weder von der EU noch von den Vereinten Nationen Sanktionen verhängt.

Achtung der Menschenrechte im Empfängerland

Tabelle 12

Mitgliedschaft in UN-Menschenrechtsabkommen

Abkommen	Status	Quelle
Internationales Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung, 1969	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW), 1981	Beigetreten (unter Vorbehalt)	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum CEDAW, 2000	Beigetreten	http://treaties.un.org

Abkommen	Status	Quelle
Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, 1987	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen über die Rechte des Kindes, 1990	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org

Box 5

Auszug aus dem Länderbericht des US-amerikanischen Außenministeriums zur Menschenrechtspraxis für 2023

There were no significant changes in the human rights situation in Thailand during the year; a new government took office in September.

Siehe Report 2022:

Thailand is a constitutional monarchy, with King Maha Vajiralongkorn Bodindradebayavarangkun (Rama X) as head of state. In 2019 the country held the first national election after five years of rule by a junta-led National Council for Peace and Order. The National Council-backed Phalang Pracharath Party and 18 supporting parties won a majority in the lower house and retained as prime minister National Council leader Prayut Chan-o-Cha, the leader of the 2014 coup and a retired army general. The election was generally peaceful with few reported irregularities, although a restrictive legal framework and selective enforcement of campaign regulations by the Election Commission favored Phalang Pracharath-aligned parties.

The Royal Thai Police and the Royal Thai Armed Forces share responsibility for law enforcement and the maintenance of order within the country. Police report to the Office of the Prime Minister; the armed forces report to the Ministry of Defense. The Border Patrol Police have special authority and responsibility in border areas to combat insurgent movements. Civilian authorities generally maintained control over security forces. There were reports that members of the security forces committed a variety of abuses.

Significant human rights issues included credible reports of: torture and cases of cruel, inhuman, or degrading treatment or punishment by government officials; arbitrary arrest and detention; political prisoners; political interference in the judiciary; arbitrary and unlawful interference with privacy; serious restrictions on freedom of expression and media, including arrests and prosecutions of those criticizing the government, censorship, and the use of lèse majesté and criminal libel laws; serious restrictions on internet freedom; interference with the freedom of peaceful assembly and freedom of association; restrictions on freedom of movement; restrictions on political participation; serious government corruption; harassment of domestic human rights organizations; lack of investigation of and accountability for gender-based violence; and significant restrictions on workers' freedom of association.

Authorities took some steps to investigate and punish officials who committed human rights abuses or engaged in corruption. Official impunity, however, continued to be a problem, especially in the

southernmost provinces, where martial law remained in effect in Yala, Pattani, and Narathiwat Provinces and four districts of Songkhla while the deep-south emergency decree was in effect in all but nine districts in Yala, Pattani, and Narathiwat Provinces. In each of the nine districts where the emergency decree was lifted in 2011, internal security provisions of the law were subsequently invoked.

Insurgents in the southernmost provinces committed human rights abuses and made attacks on government security forces and civilian targets; authorities investigated and prosecuted such actions.

Quelle: United States Department of State, Country Report on Human Rights Practices 2023
<https://www.state.gov/reports/2023-country-reports-on-human-rights-practices/thailand>

Box 6

Auszug aus dem Jahresbericht von Amnesty International für 2023

Authorities continued the crackdown on freedom of peaceful assembly and expression. Hundreds of children were among those brought to trial or facing criminal charges for participating in peaceful protests. Human rights defenders also faced judicial and other forms of harassment. A new law criminalized torture and enforced disappearances but effective accountability remained elusive, including for the 2014 disappearance of a defender of Indigenous People's rights. A new mechanism for screening refugees and asylum seekers was established but many were held in indefinite detention where poor conditions resulted in the deaths of two Uyghur men. Authorities continued the crackdown on freedom of peaceful assembly and expression. Hundreds of children were among those brought to trial or facing criminal charges for participating in peaceful protests. Human rights defenders also faced judicial and other forms of harassment. A new law criminalized torture and enforced disappearances but effective accountability remained elusive, including for the 2014 disappearance of a defender of Indigenous People's rights. A new mechanism for screening refugees and asylum seekers was established but many were held in indefinite detention where poor conditions resulted in the deaths of two Uyghur men.

Quelle: Amnesty International Report April 2024
<https://www.amnesty.org/en/documents/pol10/7200/2024/en/>

Box 7

Bewertung bürgerlicher und politischer Rechte durch Freedom House 2024

Bewertung für Thailand auf einer Skala von 0 für völlig unfrei bis 100 für völlig frei:

Bürgerliche Rechte: 24/60

Politische Rechte: 12/40

Gesamtbewertung: Teilweise frei (36/100)

Die Bewertung durch Freedom House ist subjektiv, sie beruht auf dem Urteil von Expert:innen, deren Namen von Freedom House nicht bekannt gemacht werden.

Box 8

Auszug aus dem Länderbericht von Freedom House 2024

Following five years of direct military rule, Thailand transitioned to a military-dominated, semielected government in 2019. The combination of democratic deterioration and frustrations over the role of the

monarchy in Thailand's governance triggered massive demonstrations in 2020 and 2021. In response, the authorities used repressive tactics including arbitrary arrests, intimidation, lèse-majesté charges, and harassment of activists. While the 2023 elections were comparatively open and competitive, the leading opposition party, Move Forward, was blocked from forming a government by the military-appointed Senate; another opposition group, the Pheu Thai Party (PTP), entered government in coalition with several military-aligned parties. Press freedom remains constrained, due process is not guaranteed, and there is impunity for crimes committed against activists.

Quelle: <https://freedomhouse.org/country/thailand/freedom-world/2024>

Kommentar

Versammlungs-, Meinungs- und Pressefreiheit sind seit dem Militärputsch von 2014 stark eingeschränkt. Die Zahl der Haftbefehle wegen Majestätsbeleidigung hat stark zugenommen; noch im September 2023 wurde der Menschenrechtsaktivist und -anwalt Arnon Nampa für Majestätsbeleidigung inhaftiert. 2023 berichtete Amnesty International zudem, dass auch minderjährige im Zuge von Protesten teilweise aufgrund von Beleidigung der Monarchie inhaftiert wurden. Unmittelbar nach dem Putsch wurden mehrere hundert Personen verhaftet und verhört, diese wurden aber größtenteils nach der gesetzlich zugelassenen Frist von sieben Tagen wieder freigelassen. Die thailändischen Sicherheitskräfte sind übereinstimmenden Berichten zufolge eher Teil des Problems als der Lösung.

Trotz Reformanstrengungen ist Korruption ein weitverbreitetes Problem. Andere Probleme sind Übergriffe und Zwangsrepatriierung myanmarischer Geflüchteter seitens des Militärs, außergerichtliche Hinrichtungen entweder direkt durch Angehörige der Sicherheitskräfte oder von ihnen unterstützte „Todesschwadronen“ sowie Übergriffe auf Häftlinge. Im Rahmen einer massiven Anti-Drogen-Kampagne der Regierung von Thaksin sind im Winter 2003 innerhalb von drei Wochen 600 Menschen erschossen worden. Während laut Regierungsangaben nur bis zu 15 Menschen von Mitgliedern der Sicherheitskräfte erschossen worden sein sollen, allesamt in Notwehr, sprachen Menschenrechtsverbände von außergerichtlichen Hinrichtungen und einer bewussten „shoot-to-kill“-Strategie. Obwohl es in einigen Fällen zu strafrechtlichen Prozessen gekommen ist, herrscht allgemein eher ein Klima der Straffreiheit.

Bemühungen der thailändischen Regierung, Korruption, Menschenhandel und jeglichen Schmuggel unter Kontrolle zu bringen, werden unter anderem dadurch behindert, dass Mitglieder der Sicherheitskräfte am Menschenhandel beteiligt sind bzw. gegen Annahme von Bestechungsgeldern beim Schmuggel behilflich sind.

In Folge der Parlamentswahlen 2019 kommt es seit Anfang 2020 zu weitreichenden Protesten in Thailand, die von Sicherheitskräften mit zunehmend exzessiver Gewalt niedergeschlagen werden. Diese pausierten zeitweise aufgrund der Covid-19 Pandemie. Hauptauslöser der Proteste ist die behördliche Schikane gegenüber der neuen Partei Future Forward, die bei den Wahlen den drittgrößten Anteil an Parlamentssitzen holte. Im Nachgang der Wahlen überzogen die Behörden diese u. a. mit Gerichtsverfahren, im Februar 2020 löste das thailändische Verfassungsgericht die Partei auf. Die Demonstrierenden fordern die Auflösung des Parlaments und Neuwahlen, eine Reform der Monarchie und der Verfassung sowie ein Ende der Einschüchterung und Drangsalierung von Regierungskritiker:innen. Die Regierung reagiert mit Repressalien auf die Proteste: Allein 2020 wurden mehr als 173 Menschen wegen der Teilnahme an den Protesten inhaftiert und angeklagt – manchen droht lebenslange Haft. Im

Oktober 2020 löste die Polizei eine Demonstration gewaltsam auf. Personenverkehrssysteme in Bangkok wurden teilweise stillgelegt, um zu verhindern, dass sich Demonstrierende versammeln. Die Regierung schränkte außerdem die Internetkommunikation aus vermeintlichen Sicherheitsgründen ein. Amnesty International zufolge verletzen die staatlichen Maßnahmen zur Unterbindung von Protest die Rechte auf freie Meinungsäußerung, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit.

Innere Lage im Empfängerland

Box 9

Politisches System; Auszug aus dem Transformationsatlas 2024 der Bertelsmann Stiftung

Elections scheduled for May 2023 will mark the end of General Prayuth Chan-ocha's term as prime minister. The legal foundation of Prayuth's government, and the semblance of democracy through which he governs, hinges on the 2017 constitution established by the junta and the 2019 general election, which failed to meet the criteria of being free and fair. Since assuming power in 2016, King Maha Vajiralongkorn has amassed more authority within the palace compared to his father's reign, yet he doesn't command the same level of popularity. The 2017 constitution created a façade democracy under the oversight of Prime Minister Prayuth and the proxy party Palang Pracharat, both of which indirectly sustain monarchical and military dominance across the nation, while facing mounting student protests. Between 2020 and 2023, Prayuth's administration utilized draconian laws reinforced by police and military might to quell these protests. The coalition led by Palang Pracharat also encompassed the Bhumjai Thai and Democrat parties. Anutin Charnvirakul, the leader of Bhumjai Thai, served as the minister of public health under Prayuth's government. In this capacity, he managed the government's response to the COVID-19 pandemic. In 2022, as the COVID-19 pandemic receded, Anutin successfully spearheaded efforts to legalize medical marijuana, leading to widespread availability and beneficial effects for the Thai economy. Factions within Palang Pracharat began to fracture, with Prime Minister Prayuth and Deputy Prime Minister Prawit Wongsuwan displaying signs of discord from 2021 onwards. In the lower house, opposition was led by the pro-Thaksin Shinawatra party, Pheu Thai. Since 2020, the Move Forward party has also emerged as a key opposition force, sometimes aligning with anti-Prayuth and anti-monarchy protests.

Quelle: <https://bti-project.org/de/reports/country-report/THA>

Korruptionsindex von Transparency International - Corruption Perceptions Index (2023)

Im Jahresbericht 2023 von Transparency International, für den in 180 Staaten Befragungen zur Wahrnehmung von Korruption bei Beamten:innen und Politiker:innen durchgeführt wurden, erreichte Thailand 35 von 100 möglichen Punkten (2022: 36 Punkte). Damit erreichte es genauso viele Punkte wie Bosnien-Herzegowina, die Dominikanische Republik, Ägypten, Nepal, Panama und Sierra Leone. Deutschland erreichte 78 Punkte.

Quelle: <https://www.transparency.org/en/cpi/2023>

Spannungen und innere Konflikte

Sowohl die inneren als auch die äußeren Konflikte Thailands haben mit dem Ende der kommunistischen Guerillabewegung und dem Ende des kambodschanischen Bürgerkrieges über das letzte Jahrzehnt abgenommen. Allerdings existieren erhebliche politische Auseinandersetzungen, die sich seit 2005 in teils gewaltsamen Unruhen – vor allem in der Hauptstadt des Landes – äußern. Darüber hinaus bleiben seit Jahren bestehende Spannungen im islamisch geprägten Süden des Landes an der Grenze zu Malaysia und im thailändisch-myanmarischen Grenzgebiet aktuell.

Seit dem Militärputsch von 2006, der die Regierung Thaksin Shinawatrass stürzte, sieht sich Thailand wiederkehrenden Unruhen und Krisen ausgesetzt, in denen sich zwei politische Lager als wesentliche Konfliktparteien gegenüberstehen. Dabei greift die übliche, doch äußerst grobe Einteilung in die „Gelbhemden“ als konservativ-royalistische reiche Eliten und die „Rothemden“ als pro-demokratische arme Schichten allerdings zu kurz. Vielmehr setzt sich das Lager der „Gelbhemden“ sowohl aus Anhänger:innen der Mittel- und Oberschicht, als auch aus Vertreter:innen der ländlichen Regionen und südlichen Städte des Landes zusammen. Sie vereinten sich im Jahr 2005 zur People's Alliance for Democracy (PAD) unter der Führung des Medienmoguls Sondhi Limthongkul und des pensionierten Generalmajors Chamlong Srimuang. Ziel war es damals, den regierenden Premier Shinawatra zu stürzen, wobei die PAD Unterstützung seitens der oppositionellen Democrat Party (DP) und einigen Militärfraktionen erhielt, sodass der Sturz 2006 gelang. Die PAD löste sich im Anschluss auf, kehrte jedoch im Jahr 2008 mit Aktivitäten wie der Besetzung von Regierungsgebäuden und Bangkoks Flughäfen zurück. Die damalige Thaksin-nahe Koalitionsregierung löste sich infolge auf, woraufhin eine neue Koalitionsregierung unter Führung der DP und Premierminister Abhisit Vejjajiva die Regierungsgeschäfte übernahm. 2011 folgten Wahlen, aus denen mit der Phua Thai Party (PTP) unter Thankins Schwester Yingluck Shinawatra erneut eine Thaksin-nahe Partei als Siegerin hervorging. In der Folgezeit ließ die Flut von 2011 die Aktivist:innen ruhen, 2013 traten sie allerdings erneut mit massiven Korruptionsvorwürfen gegen die Yingluck-Regierung hervor und führten im November 2013 Massendemonstrationen in Bangkok an. Beteiligt waren hier neben traditionellen Gelbhemden Studierendenvereinigungen und Akademiker:innen, Gewerkschaften und NGOs sowie Staatsbedienstete aus Ministerien und Mitglieder der oppositionellen DP. Unter Führung Suthep Thaugsuban werden diese inzwischen auch die „Blau-Weiß-Roten Hemden“ genannt. Ziele waren nun die Beseitigung des „Shinawatra-Clans“ aus der Regierung, die Beschlagnahme ihrer Vermögenswerte sowie die Vertreibung der Familie ins Exil. Ergänzt wurde diese Forderung um Vorschläge seitens Thaugsubans, die politische Maßnahmen entgegen eines demokratischen Politikverständnisses umfassen (zum Beispiel die Installierung eines Rates, der die Regierungsgeschäfte übernimmt).

Diesem politischen Bündnis steht mit den „Rothemden“ ein Lager gegenüber, das sich im Jahre 2006 mit dem Namen United Front for Democracy Against Dictatorship (UDD) als direkte Reaktion auf den Militärputsch von 2006 formierte. Die Massenbewegung entsprang zahlreichen Bürgerbewegungen, die vor 2006 unabhängig voneinander für die Stärkung der Bürgerrechte und politischer Freiheiten sowie die Schwächung der herrschenden Elite in Thailand arbeiteten. Mit dem Sturz der Thaksin-Regierung und der Regierungsübernahme der nicht-gewählten DP 2006 schlossen sich dann pro-Thaksin, pro-Demokratie und anti-PAD Gruppierungen sowie zahlreiche Intellektuelle oder ländliche Wähler:innen als Bund

gegen die vorgefallenen Verstöße hinsichtlich demokratischer Prinzipien zusammen. So sind Thaksins Wahlerfolge von 2001 (40,6 Prozent) und 2006 (60,7 Prozent) zwar durchaus auf manipulative Mittel in einer geschickten Wahlkampfführung zurückzuführen, dennoch als demokratisch legitimiert zu bewerten. Thaksin hob Wahlen stets als wichtiges demokratisches Instrument hervor und gewann Stimmen von Wähler:innen, indem er den ärmeren Schichten, insbesondere im Nordosten des Landes, wirtschaftliche Zugeständnisse machte, die er zu Regierungszeiten auch ohne massive Staatshaushaltsbelastungen einlöste. Geeint fühlen sich die „Rothemden“ durch das angestrebte Ziel eines Systemwandels, durch den Thailands herrschende Klasse einer stärkeren Kontrolle unterliegen und der politische Einfluss der Bevölkerung gestärkt werden soll. Zugleich gelten sie generell als Anhänger:innen der Shinawatra-Familie, der zugesprochen wird, einen Wandel im Sinne der ärmeren Schichten zu bewirken; doch schwindet bei einigen Anhänger:innen das Vertrauen aufgrund von Fehlentscheidungen der Yingluck-Regierung.

Vor diesem Hintergrund kam es seit 2006 bis heute zu wiederholten Gewaltausbrüchen mit hunderten Toten und tausenden Verletzten, bei denen nicht-staatliche Akteure vielfach Kriegswaffen einsetzten und das Militär eingriff. So kamen durch blutige Auseinandersetzungen im Rahmen der seit November 2013 anhaltenden Turbulenzen fast 30 Menschen ums Leben. Anfang Mai 2014 enthob das Verfassungsgericht Premierministerin Yingluck Shinawatra mit der Begründung des Machtmissbrauchs ihres Amtes, die PTP führte vorübergehend die Regierungsgeschäfte weiter. Nachdem Versöhnungsgespräche zwischen Vertreter:innen beider Seiten scheiterten und das Kriegsrecht verhängt wurde, übernahm das Militär am 22. Mai 2014 die Macht und General Prayuth Chan-ocha das Amt des Regierungschefs als Vorsitzender des Rates für nationalen Frieden und die Aufrechterhaltung der Ordnung. Die Verfassung wurde außer Kraft gesetzt und ein Versammlungsverbot sowie eine nächtliche Ausgangssperre verhängt. Das Militär gab an, dafür zu sorgen, dass die öffentliche Ordnung wieder hergestellt und Reformen eingeleitet würden. Nach dem Fahrplan der Militärregierung waren nach der neuen Verfassung Wahlen zur Rückkehr zur demokratischen Ordnung Ende 2017 geplant. Dreimonatige Vermittlungsgespräche zwischen den politischen Lagern sollten die Rückkehr zur demokratischen Ordnung erleichtern. Dazu wurde ein Versöhnungskomitee gebildet, welches sich aus Generäl:innen und zivilen Expert:innen zusammensetzte. Die ersten Wahlen fanden jedoch erst im März 2019 statt. Freedom House zufolge war der Wahlprozess so gestaltet, dass die Herrschaft des Militärs legitimiert wurde. So steht als Premierminister an der Spitze der zivilen Regierung nun wieder Prayut Chan-ocha. Anfang 2020 brachen Proteste in Thailand aus, die die Verfassung von 2017 und die Parlamentswahlen von 2019 kritisieren und Reformen und Neuwahlen fordern. Die Regierung versucht seither, die Protestbewegung zu unterdrücken. Im Dezember 2020 gaben die Anführer:innen der regierungskritischen Bewegung an, die Proteste zu pausieren, seit Juli 2021 werden die Forderungen aber wieder lauter und es kam erneut zu umfassenden Protesten. Das Vorgehen der Polizei wird beispielsweise von Amnesty International kritisiert, da teilweise auch Kinder und jugendliche Verletzungen durch das Vorgehen mittels Tränengas und Wasserwerfern erlitten.

Seit den 1940er Jahren gibt es auch Spannungen in der islamisch-dominierten Pattani-Region im Süden des Landes an der Grenze zu Malaysia. Die Oppositionsbewegungen sind islamistisch geprägt und führen teilweise einen bewaffneten Kampf gegen die Zentralregierung. Die Anzahl der Kämpfer:innen ist jedoch relativ klein, sie wird auf ca. 100-200 geschätzt.

Darüber hinaus kommt es regelmäßig zu Konflikten zwischen Staatsbürger:innen und Ausländer:innen. Zwischen 2007 und 2008 kam es zu Konflikten in den muslimisch dominierten Regionen Narathiwat, Pattani und Yala. Anschläge von Rebell:innengruppierungen beinhalteten Bombenanschläge auf Marktplätze, Anschläge mit selbstgebastelten Bombensätzen (IEDs) auf thailändische Militärs und das Schießen auf Personen, Lehrer:innen sowie Schul- oder Regierungsgebäude. Ein Strategiewechsel im April 2008 führte zumindest in der Yala Region zu einem gewissen Erfolg, als lokale Bevölkerungsgruppen Nachschub der Rebell:innen dem Militär übergaben. Im Zuge der neuen Strategie, die auf das Gewinnen der Herzen und Köpfe (hearts-and-minds-strategy) der Menschen abzielt, verfolgt das thailändische Militär immer öfters zivile Aufbauprojekte. Dennoch bleibt die Lage weiterhin sehr angespannt und der Konflikt ist von intensiver Gewalt auf beiden Seiten geprägt. Allein im Jahr 2010 starben in der Region mindestens 370 Menschen. Während der Ministerpräsident Vejjajiva Anfang 2010 noch eine Reduzierung der Truppen ab 2012 und ein Finanzpaket für den wirtschaftlichen Aufbau in Aussicht stellte, wurden bereits kurz nach der Ankündigung später 1.400 „defense volunteers“ der Regierung in die Region verlegt. Das ganze Jahr war gezeichnet von Anschlägen und gewaltsamen Auseinandersetzungen, im Zuge derer zahlreiche Regierungsbeamt:innen und Sicherheitskräfte sowie militante Mitglieder verschiedener Gruppen ums Leben kamen. Im Oktober 2010 wurde zum 21. Mal der Ausnahmezustand verlängert. Neben den terroristischen Anschlägen in dieser Region kam es im Februar 2012 auch in Bangkok zu Explosionen von kleineren Sprengkörpern.

Die andauernden Unruhen in Myanmar schwappen auch von Zeit zu Zeit auf thailändisches Territorium über. So kommt es immer wieder zu Gefechten zwischen thailändischen und myanmarischen Einheiten.

Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region

Geographische Lage

Thailand ist eines der wirtschaftlich und politisch bedeutendsten Länder Südostasiens und auch ein wichtiger Handelspartner der EU. Geostrategisch interessant ist die Lage nahe der Straße von Malacca, durch welche ein Großteil des Schifffrachtverkehrs zwischen Asien und Europa passiert sowie die Lage im sogenannten „Goldenen Dreieck“, aus dem traditionell ein großer Teil des weltweit konsumierten Opiums und Heroins kommt.

Politische Situation in der Region

Trotz mehrerer bilateraler ungelöster Grenzfragen zwischen den Staaten in der Region gibt es keine größeren zwischenstaatlichen Konflikte. Die Ausnahme bieten die Spratly- und Paracel-Inseln im Südchinesischen Meer, wobei Thailand bisher nicht an diesem Konflikt beteiligt gewesen ist. Jedoch geraten diese umstrittenen Inselgruppen zunehmend in die Aufmerksamkeit der thailändischen Marine.

Die größten Instabilitätsfaktoren sind eher subnationaler bzw. transnationaler Natur: Separatistische Bewegungen, internationale Kriminalität, Piraterie, soziale Ungleichheit, Menschenhandel. Oft sind auch die nationalen Sicherheitskräfte eher als destabilisierender Faktor anzusehen, so die Militärjunta in Myanmar oder das indonesische Militär. Besonders der innermyanmarische Konflikt ist auch für Thailand von Bedeutung, da die Kämpfe oft über die Grenze schwappen und Thailand eine große Anzahl an myanmarischen Geflüchteten

beherbergt, die bei einer Verschärfung des Konfliktes rapide ansteigen könnte. Thailand verfügt auch, trotz sporadischer Grenzgefechte, über intensive Kontakte zu Myanmar. Teilweise sind diese illegal, zum Beispiel im Rahmen des Drogenschmuggels. Teile des thailändischen Militärs bemühen sich auch um eine Intensivierung der „Militärdiplomatie“ – um einen engeren Austausch zwischen dem myanmarischen und dem thailändischen Militär.

Die Lage in Kambodscha hat sich im Vergleich zu den 1970er bis zu den frühen 1990er Jahren wesentlich beruhigt, wodurch sich auch die Lage im Grenzgebiet zwischen Kambodscha und Thailand entspannt hat. Die autoritäre Regierung Hun Sens in Phnom Penh ist jedoch nicht unumstritten und obwohl er mehrere politische Gegner:innen aus dem Weg geräumt hat, besteht weiterhin die Gefahr eines Machtkampfes. Dieser würde auch eventuell direkte Auswirkungen auf Thailand haben, welches schon im kambodschanischen Bürgerkrieg eine beträchtliche Zahl kambodschanischer Geflüchteter beherbergte. Anfang 2003 kam es zu massiven anti-thailändischen Protesten in Kambodscha sowie zur Schließung der Grenze auf kambodschanischer Seite, nachdem angeblich eine thailändische Schauspielerin in einem Interview den Tempelkomplex von Angkor Wat für Thailand gefordert hatte. Die Beziehungen Thailands zu seinen beiden anderen Nachbarn Laos und Malaysia gelten als gut.

Eine der großen zukünftigen regionalen sicherheitspolitischen Fragen ist die Rolle Chinas. Die VR China hat in den beiden letzten Jahrzehnten ihre militärische Schlagkraft erheblich verbessert, besonders was die offensiven Kapazitäten der Marine und Luftwaffe angeht. Das Hauptaugenmerk der VR China ist die Taiwan-Frage, jedoch ist das Land auch in der weiteren Region dabei, seine Vormachtstellung politisch, diplomatisch aber auch militärisch Stück für Stück auszubauen. Besonders sichtbar ist dies im Konflikt um die Spratly- und Paracel-Inseln im Südchinesischen Meer, welche von der VR China, Vietnam, Taiwan, Brunei, den Philippinen und Malaysia (Spratly-Inseln) bzw. der VR China, Vietnam und Taiwan (Paracel-Inseln) beansprucht werden. Bereits im November 2002 haben zwar alle Parteien eine „Erklärung über das Verhalten der Betroffenen im Südchinesischen Meer“ unterzeichnet (*Declaration on the Conduct of Parties in the South China Sea*). Jedoch lässt diese Deklaration einen rechtlich verbindlichen „code of conduct“, der zu einer Entspannung der Situation beigetragen hätte, vermissen. Im Rahmen dieser Regelung wurden Malaysia die Rechte über die Inseln Ligatan und Sipadan zugeteilt. Der Grenzverlauf im Celebes-See wurde allerdings bisher noch nicht geregelt, was zum Streit der anliegenden Mächte über die Aufteilung der Bohrkonzessionen für das Erdölvorkommen Ambalat im März 2005 führte. Zuletzt spitzte sich der Konflikt um die rohstoffreichen Spratly-Inseln zwischen China und Vietnam erheblich zu. Neben Öl- und Gasvorkommen ist die maritime Region auch aufgrund ausgedehnter Fischgründe sowie einer der bedeutendsten Schifffahrtsrouten der Welt von Bedeutung.

Ein Krieg um die Inseln erscheint weiter unwahrscheinlich. Bewaffnete Zwischenfälle zwischen beiden Ländern und anderen Staaten wegen der ungeklärten Territorialfrage erscheinen aber, auch angesichts der zahlreichen Rüstungsgeschäfte in den vergangenen Jahren, wahrscheinlicher denn je. Dennoch haben sowohl Thailand als auch andere Staaten der Region China militärisch nichts entgegenzusetzen.

Grenzkonflikte

Grenzziehungen zu Myanmar, Kambodscha und Laos sind nicht endgültig. Mit Myanmar kommt es von Zeit zu Zeit zu Grenzgefechten, auch schwappen die inneren Konflikte Myanmars (z. B. die Kämpfe der Shan oder Karen gegen die Militärjunta) hin und wieder über die Grenze auf die thailändische Seite über. Die Fluchtsituation an der myanmarisch-thailändischen Grenze ist im Jahr 2010 eskaliert. Im Mai 2010 kam es zu einem militärischen Zwischenfall an der Grenze als ein myanmarischer Soldat einen thailändischen Soldat erschoss. Thailand reagierte mit einer erheblichen Truppenaufstockung entlang der Grenze. Besonders seit dem Staatsstreich in Myanmar im Jahr 2021 spitzte sich auch die Fluchtsituation weiter zu. Weiterhin operieren separatistische bewaffnete Gruppen in der Grenzregion.

Die Lage im Grenzgebiet zwischen Kambodscha und Thailand hat sich nach dem Ende des kambodschanischen Bürgerkrieges und der Selbstaflösung der Khmer Rouge erheblich verbessert. Im Herbst 2008 sowie im Frühjahr 2011 verschärfen sich die Konflikte an der Grenze zwischen Thailand und Kambodscha um den Vihear Preah Tempel, nachdem die UNESCO die Region zum Weltkulturerbe erklärt hatte. Hier kam es seit 2008 wiederholt zu Schusswechseln zwischen dem thailändischen und kambodschanischen Militär. Zwar hat sich der Konflikt seit einem Urteil durch den Internationalen Gerichtshof vom 11. November 2013, welches beide Seiten akzeptierten, etwas entspannt; doch sind die darin enthaltenen Bestimmungen noch nicht umgesetzt, der Konflikt nicht gelöst.

Die Grenzregion zwischen Thailand und Malaysia wird von beiden Seiten als Problemzone wegen der dort aktiven islamistischen Bewegungen angesehen. Nach dem 11. September 2001 ist der Druck auf diese Bewegungen gewachsen, insbesondere seitdem die USA Südostasien als ein „Schwerpunktgebiet“ ihres weltweiten „Kampfes gegen den Terror“ ausgemacht haben. Immer wieder kommt es auf beiden Seiten zu Grenzverletzungen und vereinzelt gewaltsamen Zwischenfällen, die auch Todesopfer fordern. Nach einer erneuten Eskalation im Frühjahr 2011, bei der auf beiden Seiten Soldat:innen ums Leben kamen, scheint vorerst eine Einigung zwischen beiden Staaten gefunden worden zu sein. Thailändische Politiker:innen hatten Malaysia beizeiten vorgeworfen, das bestimmte malaysische Parteien von der Situation in Thailands Süden profitierten. Nachdem Malaysia jedoch unterstützend in Friedensgesprächen mitgewirkt hat, hat sich die Situation entspannt.

Regionale Rüstungskontrolle

Lange gab es keine gemeinsamen Abkommen oder Verhandlungen zur regionalen Rüstungskontrolle in Südostasien. Jedoch sehen sich die ASEAN-Staaten zunehmend mit Sicherheitsbedrohungen konfrontiert, die nur gemeinsam bewältigt werden können oder eine gemeinsame Position gegenüber Drittstaaten mit strategischen Interessen in der Region erfordern (wie etwa der Disput um das Südchinesische Meer). Dazu finden seit 1994 regelmäßige ASEAN Regionalforen statt, bei denen neben den ASEAN-Staaten weitere Teilnehmer am Tisch sitzen. Ziel ist es, die legitime Rolle der Großmächte in der Region anzuerkennen und gleichzeitig den mittleren und kleineren Nationen die Möglichkeit zu geben, bei Diskussionen über Fragen der eigenen Sicherheit Gehör zu finden. Zudem wurde im Jahr 1997 durch die ASEAN-Staaten eine kernwaffenfreie Zone im Vertrag von Bangkok begründet.

Bedrohung von Alliierten

Stationierung alliierter Streitkräfte in der Region

Die USA haben in Thailand selber relativ wenige Truppen permanent stationiert, es gibt aber die jährlichen *Cobra Gold*-Manöver, an denen zum Beispiel im Mai 2008 ca. 6.000, 2011 sogar 7.200 US-amerikanische Militärs teilnahmen. Hinzu kamen ebenfalls 158 Soldat:innen aus Singapur, 81 indonesische Soldat:innen sowie 67 japanische Militärangehörige. Im Gegensatz zu vorherigen Übungen wurde im Jahr 2008 insbesondere der Einsatz in Friedensmissionen trainiert. In der südostasiatischen Region sind die USA seit dem spanisch-amerikanischen Krieg 1898, als die USA die Philippinen übernahmen, militärisch präsent gewesen. Den Höhepunkt erreichte diese Präsenz während des Vietnam-Krieges, als Thailand einer der Hauptstationierungsorte für die US-Luftwaffe, aber auch zu einem der sogenannten „rest-and-recreation“-Zentren der Amerikaner:innen wurde und für das Aufblühen des Sextourismus sorgte. Mit dem Ende des Vietnam-Krieges und später auch des Kalten Krieges nahm die US-Präsenz stetig ab. 1991 zogen die US-Streitkräfte von den Philippinen ab, 1999 wurden die US-Militärberater:innen aus Indonesien wegen der Massaker in Ost-Timor abgezogen.

Mit dem verstärkten Fokus der USA auf den Anti-Terror-Kampf besonders in der Region Südostasien hat sich jedoch dieser Trend umgekehrt. In Thailand sind derzeit rund 100 Soldat:innen des US Pacific Commands stationiert, auf den Philippinen sind rund 200 US-Soldat:innen im Einsatz. Die Militärübungen in den Staaten der Region werden umfangreicher und (teilweise) für den Anti-Terror-Kampf ausgebildet. Man kann davon ausgehen, dass die US-Sicherheitskräfte auch verdeckt aktiv in der Region tätig sind.

Andere mit Deutschland alliierte Staaten unterhalten keine größeren Einheiten in der Region. Lediglich die britische Armee unterhält ein Bataillon in Brunei (2.000 Soldat:innen) und britische Streitkräfte sind relativ oft an Manövern in der Region beteiligt. Die Zuwendung der USA zu der asiatisch-pazifischen Region führt möglicherweise zu einer weiteren Steigerung der US-Präsenz.

Verhalten in der internationalen Gemeinschaft

Tabelle 13

Beitritt zu wichtigen Anti-Terrorismus-Abkommen

Abkommen	Status	Quelle
Konvention zur Unterdrückung von Flugzeugentführungen von 1971	Beigetreten	http://www.icao.int
Konvention zum Schutz bestimmter Personen, einschließlich Diplomaten von 1977	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention gegen Geiselnahmen von 1983	Beigetreten	http://treaties.un.org
Konvention zum physischen Schutz nuklearen Materials von 1987	Beigetreten	http://www.iaea.org
Konventionen zur Markierung von Plastiksprengstoff von 1998	Beigetreten (mit Einschränkung)	http://www.icao.int

Abkommen	Status	Quelle
Internationale Konvention zur Unterdrückung terroristischer Bombenanschläge von 2001	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung der Finanzierung terroristischer Organisationen von 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung von Handlungen des Nuklear-Terrorismus von 2007	Beigetreten	http://treaties.un.org

Kommentar

Thailand ist eigentlich allen wichtigen Anti-Terrorismusabkommen beigetreten, so zuletzt der Konvention zum Schutz nuklearen Materials (2018) sowie der Konvention zur Unterdrückung von Nuklear-Terrorismus (Ratifikation in 2019).

Nach dem 11. September sind mehrere Länder Südostasiens unter Druck geraten, energischer gegen mutmaßliche Terrorist:innen vorzugehen. Auch auf Thailand wurde diesbezüglich politischer Druck ausgeübt. Als Folge dieser Forderungen haben zehn ASEAN-Staaten, unter anderem Thailand, im August 2002 einen Anti-Terror-Pakt mit den USA beschlossen, um ein Kooperationsnetzwerk im Kampf gegen den Terror zu bilden.

Im Gegensatz zu Indonesien, Malaysia und den Philippinen ist Thailand nicht in den Verdacht gekommen, selber als Basis für terroristische Organisationen zu dienen. Allerdings sollen laut Medienberichten mutmaßliche al-Qaida-Mitglieder von den US-amerikanischen Sicherheitsbehörden in Thailand verhört worden sein, um so legal folterähnliche Methoden anwenden zu können. Das Land hat einen gewissen Ruf als einfaches Einreiseland und als eines der größten Umschlagsplätze für Kleinwaffen in der Region. Dieser Umstand ist in der Vergangenheit von mehreren bewaffneten Organisationen, die international als terroristisch gelten, ausgenutzt worden.

Internationale Kriminalität

Tabelle 14

Beitritt zu internationalen Abkommen in der Kriminalitätsbekämpfung

Abkommen	Status	Quelle
Konvention gegen Transnationale Organisierte Kriminalität von 2003	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (a) zur Unterdrückung von Menschenhandel (2003)	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (b) gegen den Schmuggel von Auswanderern (2004)	Unterzeichnet, nicht ratifiziert	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (c) gegen die unerlaubte Herstellung und den Transport von Feuerwaffen (2005)	Nicht beigetreten	http://treaties.un.org

Kommentar

Ebenso wie die oben genannten bewaffneten Gruppen haben auch internationale kriminelle Organisationen die relativ einfache Verfügbarkeit von Waffen, die einfache Einreise und die Korruptierbarkeit seitens der Sicherheitskräfte zu ihren Gunsten genutzt. Durch die Lage im „Goldenen Dreieck“ und durch die große Anzahl an Reisenden aus Europa und Nordamerika ist Thailand auch für den internationalen Drogenhandel interessant. Laut Presseberichten sollen auch Angehörige der Sicherheitskräfte am Drogenschmuggel und anderen kriminellen Aktivitäten transnationaler Natur beteiligt sein.

Tabelle 15

Ausgewählte völkerrechtliche Vereinbarungen

Abkommen	Status	Quelle
Völkermord-Konvention von 1951	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Genfer Konvention zum Schutz von Zivilisten in Kriegszeiten von 1950	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Zusatzprotokolle zur Genfer Konvention von 1950 zum Schutz von Opfern in bewaffneten Konflikten von 1978	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Internationaler Strafgerichtshof (Römisches Statut) von 2002	Unterzeichnet, nicht ratifiziert	http://treaties.un.org
Anti-Korruptions-Konvention von 2005	Beigetreten	http://treaties.un.org

Kommentar

Thailand hat als erstes Land Südostasiens – bereits im Jahr 2000 – das Römische Statut des Internationalen Strafgerichtshofes unterzeichnet, jedoch noch nicht ratifiziert. Interessanterweise hat das Land auch die Völkermord-Konvention von 1948 nicht unterzeichnet.

UN-Berichterstattung

Thailand übermittelt nur sehr bedingt Daten über [Rüstungsimporte und -exporte](#) an die UN. Während es zwischen 1993 und 2004 jährliche Berichte einreichte, lieferte es seitdem lediglich in den Jahren 2009, 2011 und zuletzt im Jahr 2022 Berichte ein. Der jüngste Bericht ist dagegen äußerst dürftig und umfasst mutmaßlich nur einen Bruchteil der tatsächlichen Im- und Exporte. Informationen hierüber stehen somit fast ausschließlich durch Berichte von Handelspartnern zur Verfügung. Die Ausfuhr von Klein- und Leichtwaffen bleibt ungewiss, hier hat das Land letztmalig 2009 Bericht erstattet.

Angaben zu [Militärausgaben](#) wurden in den Jahren 2000, 2009, 2010 und 2011, zumeist mit Hilfe des vereinfachten Formulars übermittelt. Im Jahr 2022 wurde jedoch erneut ein Bericht eingereicht, der zwar keine Aufschlüsselung der Ausgaben, jedoch die Gesamtausgaben angibt.

Da das Land den [Arms Trade Treaty](#) bisher nicht ratifiziert hat, hat es hier entsprechend noch keine Berichte eingereicht. Im Rahmen des [Programme of Action](#)

on small arms and light weapons berichtet es jedoch regelmäßig (meist im zweijährigen Turnus) und zuletzt im Jahr 2022. Laut diesem Bericht gibt es keinen nationalen Aktionsplan gegen Klein- und Leichtwaffen.

Unerlaubte Wiederausfuhr

Die größte Gefahr hinsichtlich der unerlaubten Wiederausfuhr liegt im Bereich der Kleinwaffen, da Thailand einer der Hauptumschlagsplätze in der Region ist und in der Vergangenheit auch einzelne Mitglieder der Sicherheitskräfte an diesen Aktivitäten beteiligt gewesen sind. Bei aufgedeckten Fällen sind ausländische Waffen bzw. solche, die unter Lizenz in Thailand hergestellt worden sind, beschlagnahmt worden.

Medienberichten und unabhängigen Untersuchungen zufolge sollen Mitglieder des thailändischen Militärs zudem am myanmarischen Opiumgeschäft sowie am Schmuggel von Tropenholz und Kulturgütern aus Kambodscha und Myanmar beteiligt gewesen sein. Waffenschmuggel in die naheliegenden Konfliktgebiete, aber auch die Verbreitung von Waffen in der thailändischen Unterwelt sind ein ernstes Problem. Dies geschieht in dem Maße, dass Thailand als einer der Hauptumschlagplätze für Kleinwaffen in Südostasien gilt, zum Beispiel für die chinesische separatistische Bewegung GAM oder die LTTE („Tamil Tigers“) aus Sri Lanka. Oft sind thailändische Militärs an diesen Geschäften beteiligt gewesen. So wurde im Juni 2017 beispielsweise ein Luftwaffenoffizier festgenommen, nachdem sein mit AK-47-, sowie Maschinengewehren und M-79 Granaten beladener Pickup-Truck von einer Straße abgekommen war. Auch im Jahr 2023 gilt das Goldene Dreieck noch als ein ausgesprochen großer Korridor für illegalen Handel – insbesondere auch für Drogen.

Laut Medienberichten sollen sich in der Vergangenheit führende thailändische Militärs auch bei der Beschaffung von Waffensystemen aus dem Ausland selbst bereichert haben. Zudem floriert der Waffenhandel mit Indonesien. Insbesondere in der indonesischen Provinz Aceh tauchen immer wieder Waffen auf, die aus Malaysia oder Thailand über die Grenze ins Land gelangt sind. Im Jahr 2001 beschlossen Thailand und Indonesien daher in einem Abkommen, in Zukunft stärker zusammen zu arbeiten, um den Waffenhandel in Aceh einzudämmen. Mittlerweile gilt Malaysia als Transitland, um Waffen aus anderen südostasiatischen Ländern nach Indonesien zu schmuggeln.

Thailand stellt außerdem einen der wichtigsten Umschlagspunkte der Region für Waffenschmuggel nach Kambodscha dar. Berichten zufolge gelangten rund 80 Prozent der illegal in Kambodscha befindlichen Waffen über Thailand ins Land. Konkrete Zahlen über die Waffenlieferungen gibt es jedoch nicht. Die anhaltende Korruption erschwert den Kampf gegen den Waffenhandel, der meist an der unübersichtlichen Grenze zwischen Thailand und Kambodscha geschieht. Immer wieder kommt es daher an Thailands Grenzen zu Verhaftungen, bei denen meist illegale Waffen konfisziert werden.

In Reaktion auf einen Amoklauf eines ehemaligen Polizisten, bei welchem 37 Personen (unter anderem 24 Kleinkinder) ums Leben kamen, schlug der ehemalige Premierminister des Landes, Thaksin Shinawatra, im Oktober 2022 eine dreimonatige Frist vor, um illegalen Waffenbesitzer:innen die Möglichkeit der Registrierung einzuräumen. Bisher ist es nicht zu einem solchen „Amnestieprogramm“ gekommen.

Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes

Box 10

Auszug aus dem Transformationsatlas 2024 der Bertelsmann Stiftung

Despite the waning pandemic in 2022, Thailand's economy remained fragile. Economic growth, based partly on tourism, is still recovering. As of early 2023, the prominent government figures are the leaders behind the 2014 coup: Prayuth, Prawit, and Interior Minister Anupong Paochinda. Escalating tensions between Prayuth and Prawit have heightened instability within the coalition government. Amidst an economic downturn and ongoing demonstrations, a general election is slated for May 7, 2023. The major parties contending in the election include Thaksin's Pheu Thai, Palang Pracharat (led by Deputy Prime Minister General Prawit Wongsuwan), Ruam Thai Sang Chart (formally aligned with Prime Minister General Prayuth Chan-ocha), and Bhumjaithai. Simultaneously, the Malay-Muslim insurgency in Thailand's Deep South persists.

Quelle: <https://bti-project.org/de/reports/country-report/THA>

Tabelle 16

Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP (in%)

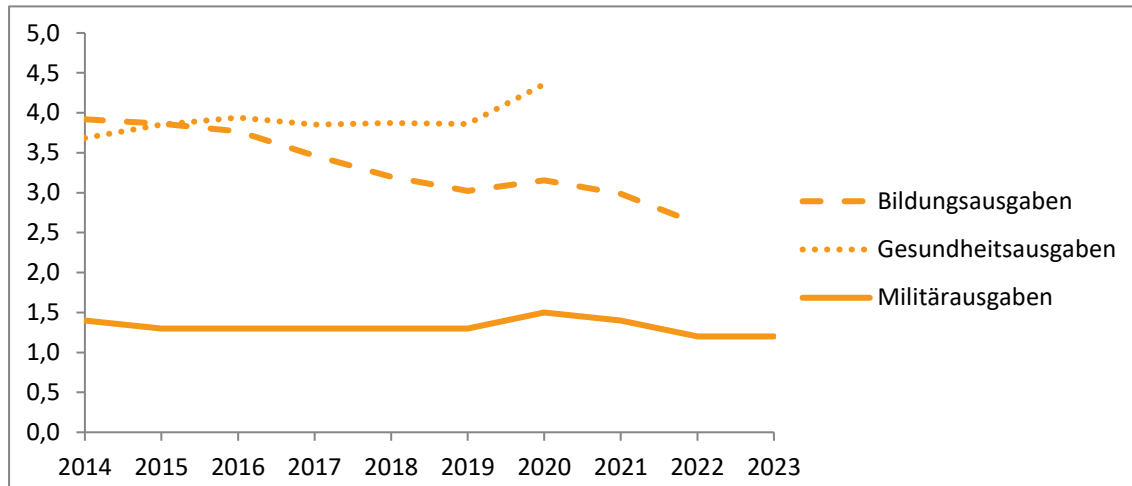
	2019	2020	2021	2022	2023
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	6751	6996	6886	6031	5640
Militärausgaben/BIP	1,3	1,5	1,4	1,2	1,2
Gesundheitsausgaben/BIP	3,9	4,4	-	-	-
Bildungsausgaben/BIP	3,0	3,2	3,0	2,6	-

Angaben in konstanten Preisen mit 2022 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database, World Bank Data (World Development Indicators)

Schaubild 5

Entwicklung Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP (in %)



Quellen: SIPRI Military Expenditure Database (Militärausgaben); World Bank Data (World Development Indicators)

Tabelle 17

Absolute Auslandsverschuldung/Anteil am BIP und Entwicklungshilfe

	2017	2018	2019	2020	2021
Auslandsverschuldung	161647	172494	179773	200015	210982
Anteil am BIP (in Prozent)	35,4	34	33	40	41,7
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (DAC-ODA)*	206,23	-458,8	-374,1	140,11	84,21
Net ODA (% of GNI)*	0,04	-0,1	-0,07	0,03	0,02
Deutsche ODA Zahlungen*	11,44	-2,29	32,65	33,52	19,42

Angaben in aktuellen Preisen (Mio.) (Auslandsverschuldung); ODA in konstanten Mio. US\$ (2021); Net ODA (% of GNI) in aktuellen Preisen; Deutsche ODA Zahlungen in konstanten Mio. US\$ (2021).

Quelle: Weltbank, IMF, OECD*

Tabelle 18**Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung**

	2018	2019	2020	2021	2022
Militarisierungswert	116,1	114,9	116,4	111,6	109,6
Index-Platzierung	57	60	59	63	63

Tabelle 19**Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung der Nachbarstaaten**

		2018	2019	2020	2021	2022
Kambodscha	Militarisierungswert	164,7	161,6	164,2	163,3	159,7
	Index-Platzierung	19	22	20	21	23
Laos	Militarisierungswert	-	-	-	-	-
	Index-Platzierung	-	-	-	-	-
Malaysia	Militarisierungswert	93,8	84,6	86,6	87,3	86,3
	Index-Platzierung	84	98	99	98	95

Quelle: Globaler Militarisierungsindex (GMI) – Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC). Der Globale Militarisierungsindex (GMI) bildet das relative Gewicht und die Bedeutung des Militärapparats eines Staates im Verhältnis zur Gesellschaft als Ganzes ab. Daten basieren auf dem GMI 2023.

<https://gmi.bicc.de/ranking-table>

Tabelle 20**Militärausgaben der Nachbarstaaten absolut und am BIP in Prozent**

		2019	2020	2021	2022	2023
Kambodscha	Militärausgaben (absolut)	660	673	661	619	659
	Militärausgaben/BIP	2,2	2,4	2,3	2,1	2,1
Laos	Militärausgaben (absolut)	-	-	-	-	-
	Militärausgaben/BIP	-	-	-	-	-
Malaysia	Militärausgaben (absolut)	3218	3415	3577	3674	3923
	Militärausgaben/BIP	0,9	1,0	1,0	0,9	0,9

		2019	2020	2021	2022	2023
Myanmar	Militärausgaben (absolut)	2280	3220	3786	3732	3563
	Militärausgaben/BIP	2,2	3,0	4,3	4,1	3,8

Angaben in konstanten Mio. US\$ (2022). Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Tabelle 21
Human Development Index (HDI)

	2018	2019	2020	2021	2022
HDI-Wert	0,795	0,804	0,802	0,800	0,803

Quelle: <https://hdr.undp.org/data-center/country-insights#/ranks>

Der HDI ist ein Wohlstandsindikator und variiert zwischen 1 (beste Entwicklungsstufe) und 0 (geringe Entwicklung). Die Länder werden in vier Klassen eingeteilt: sehr hohe, hohe, mittlere und niedrige menschliche Entwicklung. Die Berechnung des HDIs basiert auf den Kategorien Gesundheit (Lebenserwartung), Bildung und dem Bruttonationaleinkommen.

Kommentar

Zusammenfassung:

Thailand machte in den vergangenen Dekaden eine beeindruckende Entwicklung durch und zählt seit 2019 zu den Ländern mit sehr hoher Menschlicher Entwicklung. Die Wirtschaft ist ausreichend diversifiziert, sorgt für ein überdurchschnittliches Einkommensniveau und gilt als einigermaßen krisenfest, auch wenn weiterhin leichte Abhängigkeiten (etwa vom Tourismus- und dem Exportsektor) bestehen. So konnte sich das Land etwa gut von der Covid-19 Pandemie erholen, obwohl besagte Sektoren davon schwer getroffen wurden. Thailand weist keine bedenkliche Verschuldung auf, gilt allerdings im Hinblick auf klimatische Änderungen als durchaus vulnerabel. Weitere Stressoren (wie hohe Einkommensungleichheit, hohes Bevölkerungswachstum oder -schrumpfung) sind nicht vorhanden. In Bezug auf die SDGs befindet es sich auf einem guten Weg, auch wenn punktuell noch (große) Herausforderungen bestehen. Im Vergleich der relativen Militärausgaben zu den Gesundheits- und Bildungsausgaben sowie dem Militarisierungsgrad Thailands weist das Land derzeit keine besondere Gefahr auf, dass überhöhte Rüstungsausgaben die Entwicklung nachhaltig beeinträchtigen.

Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit

Mit einem Bruttonationaleinkommen von 7.230 Dollar pro Kopf zählt Thailand bereits seit 2011 zu den „upper-middle income countries“ und gilt mit einer Auslandsverschuldung von 41,7 % (gemessen am BIP) nicht als übermäßig verschuldet. Seit es seine letzten Schulden beim IWF im Jahr 2003 zurückzahlte, nahm es hier keine neuen Kredite mehr auf. Die Wirtschaft gilt als recht wettbewerbsfähig – so erreichte Thailand im Global Competitiveness Index 2019 den 40. Platz von 141 Ländern. Generell zeigte das Land in den letzten 40 Jahren eine bemerkenswerte Entwicklung. Land-, Forstwirtschaft und Fischerei machen nur noch rund 8,8 % des BIPs aus (in den 70er Jahren lag der Wert noch zwischen 20 und 30 %), was

keinen hohen Wert darstellt. Die Wirtschaft und der Exportsektor stellen sich überdies als äußerst diversifiziert dar – so sind neben landwirtschaftlichen Erzeugnissen auch Elektronik, Maschinen, chemische Stoffe und Fahrzeuge wichtige Exportgüter. Der Exportsektor machte im Jahr 2022 rund 66 % des BIPs aus, ist also sehr bedeutsam. Die thailändische Wirtschaft gilt als relativ krisenfest und konnte sich von der Covid-19 Pandemie schnell erholen, auch wenn diese erstmal zu schweren Schäden führte – insbesondere aufgrund des eingebrochenen Tourismus und Handels. Grundsätzlich hat die thailändische Wirtschaft aber lokal mit Anfälligkeiten für Dürren und Überschwemmungen zu kämpfen, welche sich im Zuge des Klimawandels durchaus verstärken könnten. Ohnehin gilt das Land als sehr vulnerabel, was klimatische Bedingungen angeht. So belegte es im Global Climate Risk Index 2021 den neunten Platz.

Soziale Entwicklung

Mit einem Wert von 0,804 im Human Development Index überschritt Thailand im Jahr 2019 die Schwelle zu den Ländern mit einer sehr hohen menschlichen Entwicklung, welche durch die Covid-19 Pandemie zuletzt leicht – auf 0,800 – zurückging. Unter seinen Nachbarländern erzielt ausschließlich Malaysia einen minimal besseren Wert (0,807). Auch hinsichtlich geschlechtsspezifischer Unterschiede weist Thailand mit 1,012 im Gender Development Index eine sehr gute Verteilung auf, auch wenn hinsichtlich der Geschlechterungleichheit weiterhin Probleme bestehen (wie etwa beim Zugang zu Bildung, dem offiziellen Arbeitsmarkt oder politischer Partizipation). Gelder aus der Öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit machen lediglich 0,02 % des Bruttonationaleinkommens aus und sind damit vernachlässigbar gering. Auch absolute Armut stellt kein großes Problem mehr dar (0,6 % der Bevölkerung leben von weniger als 3,65 Dollar am Tag, von weniger als 2,15 muss so gut wie keiner mehr leben). Dennoch leiden noch 9 % der Bevölkerung an Unterernährung; 7 % sind von mäßiger oder schwerer Ernährungsunsicherheit betroffen – somit scheint das Ziel zur Beendigung des Hungers noch eine größere Herausforderung zu bleiben. Die (Jugend-)Arbeitslosigkeit ist allerdings gering: 3,6 bzw. 0,9 % der arbeitenden Bevölkerung. Auch hinsichtlich weiterer SDG-relevanter Indikatoren konnte Thailand eine gute Entwicklung aufzeigen. So sanken die Mütter- und Kindersterblichkeit auf 29 pro 100.000 bzw. 8,3 pro 1.000. (zum Vergleich: der weltweite Durchschnitt liegt bei 223 bzw. 38) und bspw. die HIV-Zahlen (auf 1 % der Bevölkerung) bei gleichzeitiger Steigerung der Einschulungsraten (bereits 98 % in 2009) und durchschnittlicher Schuldauer, der Alphabetisierungsquote (94,1 % Primar-, bzw. 77 % Sekundarschulbildung), der universellen Gesundheitsversorgung sowie dem Zugang zu sauberem Trinkwasser (100 %) und Sanitäranlagen (99 %). Mit einem Gini-Index von 35,1 ist die Einkommensungleichheit in etwa vergleichbar mit derer Deutschlands (31,7). In der Praxis gilt ein Wert ab 45 als sehr bedenklich.

Über die vergangenen zehn Jahre investierte Thailand durchschnittlich 3,9 % des BIP in Gesundheit, 3,4 % in Bildung und nur rund 1,4 % in Verteidigung. Auch wenn die relativen Gesundheits- und Bildungsausgaben damit global betrachtet nicht besonders hoch sind, sind es die Militärausgaben jedoch auch nicht. Als „moderat“ militarisiertes Land im jüngsten Globalen Militarisierungsindex (Rang 63) kann die Einschätzung der BICC-Datenbank („nicht kritisch“) bestätigt werden: für Thailand liegt derzeit keine hohe Gefahr solch negativer Effekte vor.

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

bicc – Bonn International Centre for Conflict Studies gGmbH
Pfarrer-Byns-Straße 1
53121 Bonn, Germany

www.bicc.de

KONTAKT

Head of Advice & Science Transfer
elvan.isikozlu@bicc.de
+49 (0) 228 911 96-54

REDAKTION	Dr. Markus Bayer
LAYOUT	bicc
GRAFIK	Nele Kerndt

ERSCHEINUNGSDATUM Juli 2024

Dieser *bicc common position brief* wurde erstellt im Rahmen des Projekts „Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte“. Das Projekt wird vom Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gefördert.



Sofern nicht anders angegeben, ist dieses Werk lizenziert unter:
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung



MITGLIED Johannes-Rau-
DER Forschungsgemeinschaft